

Fehlt Ihnen Etwas?
Beratung kann helfen!



Dokumentation der Kampagne 2010

**„Fehlt Ihnen Etwas?
Beratung kann helfen!“**

Altersarmut

Eine Kampagne der
Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
Hamburg e.V. zum Thema der verdeckten Armut

www.fehlt-ihnen-etwas.de
Hamburg, Dezember 2011



Mitglieder der **AGFW**:

- **Arbeiterwohlfahrt**, Landesverband Hamburg e.V.
- **Caritasverband** für Hamburg e.V.
- **Der Paritätische Wohlfahrtsverband** Hamburg e.V.
- **Deutsches Rotes Kreuz**, Landesverband Hamburg e.V.
- **Diakonisches Werk Hamburg**, Landesverband der Inneren Mission e.V.
- **Jüdische Gemeinde**, Körperschaft des öffentlichen Rechts



Herausgegeben durch die
**Arbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. (AGFW)**
Burchardstraße 19
20095 Hamburg

Kampagnen-Logo: Agentur Mesch Media Direct Berlin.
Layout: Claudia Zinnert

Dezember 2011

Seite

- 4 - 6** **Einleitung zur Dokumentation der Kampagne 2010**
von Michael Edele, Geschäftsführer der AGFW, Valeska Bolze, Projektkoordination
und Ursula Wermke, Projektkoordination Seniorentreffs
- 7 - 9** **1.0** Einführung zur Auftaktveranstaltung
Altersarmut
von Michael Edele, Geschäftsführer der AGFW
- 10 - 23** **2.0** Vortrag zur Auftaktveranstaltung
Lebensqualität und Altersarmut
von PD Dr. Andreas Motel-Klingebiel, Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA), Berlin
- 24 - 26** **3.0** Vortrag zur Auftaktveranstaltung
Alltagserfahrungen mit der Armut im Alter
von Hanna Blase, Seniorentreff Nachbarschaftsheim St. Pauli e.V.
- 27 - 35** **4.0** Evaluation des Beratungstages 2010
Armut im Alter
von Valeska Bolze
- 36 - 43** **5.0** Forderungen zur Kampagne 2010
Fehlt Ihnen etwas? Beratung kann helfen!
Schwerpunktthema: Armut im Alter

Armut ist nicht immer nach außen sichtbar, sondern bleibt oft im Verborgenen und weist, neben dem Mangel an finanziellen Ressourcen, viele unterschiedliche Dimensionen auf. Deshalb ist es ein Grundanliegen der Freien Wohlfahrtspflege in Hamburg, sich mit dem Thema „verdeckte Armut“ auseinanderzusetzen und gemeinsam mit der (Fach-)Öffentlichkeit von allen Seiten zu beleuchten.

Vor diesem Hintergrund haben die in der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. (AGFW) zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbände in Hamburg in den letzten sieben Jahren die Kampagne „Fehlt Ihnen Etwas? Beratung kann helfen!“ zur verdeckten Armut in Hamburg veranstaltet.

Unter Menschen, die in verdeckter Armut leben, werden diejenigen verstanden, die zwar Ansprüche auf gesetzliche Leistungen haben, aber ihre gesetzlichen Ansprüche auf Sozialleistungen aus unterschiedlichen Gründen nicht wahrnehmen. Über die Ausmaße der verdeckten Armut in Hamburg können nur grobe Schätzungen angestellt werden. Leider fehlt es in Hamburg bisher an einer ausführlichen Armutsberichterstattung. Viele Jahre wurde dies von den Wohlfahrtsverbänden gefordert. Nun endlich hat die Stadt Hamburg einen Lebenslagenbericht mit den Schwerpunkten „Familie“ und „Senioren“ in Planung. Die Wohlfahrtsverbände sind im Rahmen einer Begleitgruppe in den Planungsprozess einbezogen und werden auch einen eigenen Beitrag zum Bericht leisten. Es gilt zu hoffen, dass dies möglichst bald zu verwendbaren Ergebnissen für eine Verbesserung der Situation armer Menschen in Hamburg führen wird.

Fehlt Ihnen Etwas? Beratung kann helfen!



Zum Thema verdeckte Armut können bisher nur grobe Schätzungen für Hamburg vorgenommen werden. Aus dem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2005 lassen sich erste Annäherungen entwickeln: Nach Aussage von Herrn Prof. Hauser, dem Mitverfasser des zweiten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung, kommen auf drei Sozialhilfeempfänger/innen in 2004 ein bis 1,5 Menschen, die ihre gesetzlichen Ansprüche nicht gelten machen. Aus oben genannten Gründen ist eine Hamburger Armutsquote, die die verdeckte Armut mit einschließt, nicht bekannt (Berechnungsgrundlagen/Quoten nach Ländern siehe unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de). Nimmt man basierend auf den Zahlen der Sozialberichterstattung an, dass 18% der Menschen in Hamburg 2009 armutsgefährdet waren (d.h. auf Basis der OECD-Skala mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung), sind nach Schätzungen der Hamburger Wohlfahrtsverbände in Hamburg mehr als 324.000 Menschen von Armut betroffen. Es kommen also zwischen 80.000 und 120.000 Menschen hinzu, die in verdeckter Armut leben und keine Mindestsicherung in Anspruch nehmen.

Die Ziele der Kampagne „Fehlt Ihnen Etwas? Beratung kann helfen“ sind:

1. Der Hinweis auf die Problematik und die Entwicklung entsprechender politischer Forderungen (z. B. eine Hamburger Armutsberichtserstattung, Verbesserung der Aufklärung und Information der Betroffenen)
2. Information der Menschen über ihre Rechtsansprüche und Unterstützung durch konkrete Hilfsangebote bei ihrer Durchsetzung (offener Beratungstag bei der Kampagne, Beratungsstellenführer und Angebote der Beratungsstellen)
3. Verbesserte Information der Öffentlichkeit über die konkreten Angebote der Hamburger Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege

Die wesentlichen Kampagnenbausteine waren in 2010 ein Beratungstag in fünfzehn Seniorentreffs der Stadt sowie eine verbandsübergreifende Beratungsstellenbroschüre mit über 70 Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege, die über das Internet (www.fehlt-ihnen-etwas.de oder www.agfw-hamburg.de) und diverse andere Stellen zugänglich ist. Vorbild der Kampagne war eine Aktion der Berliner Wohlfahrtsverbände. Den Auftakt der Kampagne bilden jeweils eine Pressekonferenz und eine Fachveranstaltung zu den jährlichen Spezialthemen.

Die Ergebnisse aller bisherigen Kampagnen mit ihren unterschiedlichen Themenschwerpunkten, die u.a. über die Homepage der Kampagne www.agfw-hamburg.de nachzulesen sind, haben gezeigt, dass die Mehrheit der befragten Menschen weder ausreichend über ihre sozialen Rechte noch über entsprechende Hilfsangebote informiert waren.

Dieser Informationsbedarf hat die in der AGFW zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbände – Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg e.V., Caritasverband für Hamburg e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband Hamburg e.V., Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Hamburg e.V., Diakonisches Werk Hamburg, Landesverband der Inneren Mission e. V. und Jüdische Gemeinde, Körperschaft des Öffentlichen Rechtes – dazu bewogen, die Kampagne auch in 2010 fortzuführen.

In diesem Jahr widmeten sich die Wohlfahrtsverbände dem Themenschwerpunkt „**Altersarmut**“ in Kooperation mit dem Landesseniorenbeirat Hamburg, dem Sozialverband Deutschland und Mieter helfen Mietern Hamburg e.V. Zusammen nahmen sie sich in der diesjährigen Kampagne besonders der gesellschaftlichen Teilhabe von armen, älteren Menschen an, um der wachsenden sozialen Spaltung in Hamburg entgegenzuwirken. Armut entfaltet ihre einengenden, bedrückenden und ausgrenzenden Wirkungen in besonderem Maße dann, wenn sie über einen langen Zeitraum andauert und es keinen subjektiven oder objektiven Ausweg aus dieser Lebenssituation gibt. Weil eine Erwerbsarbeit nicht mehr möglich ist, ist Armut von älteren Menschen „lebenslange Armut“, weil sie bis zum Tode andauern wird. Oft ist außerdem gerade armen SeniorInnen die soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft besonders erschwert. Eine kleine Rente darf jedoch nicht zur Ausgrenzung aus unserer Gesellschaft führen!

Um nicht nur auf das Problem hinzuweisen, sondern auch, um zusätzliche konkrete Hilfe anzubieten, fand am 28.10.2010 der **Beratungstag** in fünfzehn Hamburger Seniorentreffs statt. Die Berater/innen der Hamburger Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege, unterstützt durch Berater/innen von Mieter helfen Mietern e.V. und dem Sozialverband Deutschland, haben sich beteiligt und auf der Straße kostenlos

informiert und beraten. Die begleitende wissenschaftliche Evaluation hat ergeben, dass 95,8% der Menschen am Beratungstag geholfen werden konnte, 37% der Ratsuchenden ihre Ansprüche auf Hilfe gar nicht oder nur teilweise geltend machen und 32% vorher keinerlei Kenntnisse über die Angebote der Wohlfahrtsverbände hatten. Damit wurde das Ziel der Kampagne, Menschen über Ihre sozialen Rechte aufzuklären, wieder klar erreicht.

Die von den verschiedensten Hamburger Institutionen und Behörden sehr gefragte **Beratungsstellenbroschüre** wurde 2009 in einer neuen Auflage gedruckt und an vielen Stellen in der Stadt verteilt. Die Broschüre richtet sich vor allem an Menschen in Multiplikatorenfunktion, die einen größeren Kreis an Menschen in Armutslagen erreichen. Die Broschüre soll dabei helfen, die passende Beratungsstelle für jeden zu Beratenden zu finden.

Die Dokumentation der Kampagne „Fehlt Ihnen Etwas? – Beratung kann helfen!“ ist wie folgt aufgebaut: Sie beginnt mit einer Wiedergabe der Auftaktveranstaltung: dem Einführungsvortrag von Michael Edele und den Referaten von Herrn Dr. Andreas Motel-Klingebiel (DZA Berlin) und Frau Hanna Blase (Nachbarschaftsheim St. Pauli, Hamburg). Darauffolgend werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation von Valeska Bolze dargestellt. Am Ende der Dokumentation finden Sie die (sozial-) politischen Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege zu verdeckter Armut allgemein und im Speziellen zum Themenschwerpunkt „Altersarmut“.

Die Kampagne konnte nur gelingen, weil sich wie in den Vorjahren eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verbände und der Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege intensiv für die Kampagne eingesetzt haben. Insbesondere sind die vielen Beraterinnen und Berater der Hamburger Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege zu nennen, die sich vor allem durch ihren erheblichen Einsatz beim Beratungstag ausgezeichnet haben. Hervorzuheben ist auch der Einsatz der Vorbereitungsgruppe: Stephan Nagel (Diakonisches Werk) für den Bereich Armut und Wohnungslosenhilfe. Außerdem wurde die Kampagne dieses Jahr stark vom Pflege- und Seniorenbereich getragen von Karin Kell (Diakonisches Werk), Birgit Spalink (AWO), Peter Drygalla (DRK) und Elisabeth Wolf (Paritätischer Wohlfahrtsverband), sowie von unseren Kooperationspartnern vom Landesseniorenbeirat Hamburg, Frau Karin Wöhrmann vom Sozialverband Deutschlands und Karin Aßmus von Mieter helfen Mietern Hamburg e.V. Ihnen allen ist für ihr großes Engagement zu danken.

Ein ganz besonderer Dank gebührt der Werbeagentur MMD Mesch Media Direct GmbH, die die Kampagne von Beginn an durch ihre Leistungen unterstützt, sowie Steffen Becker (Öffentlichkeitsarbeit Diakonisches Werk).

Weitere Informationen zu der Kampagne sind auf der Homepage www.fehlt-ihnen-etwas.de zu finden.

Michael Edele
Geschäftsführer der AGFW

Valeska Bolze
Projektkoordination

Ursula Wermke
Projektkoordination Seniorentreffs

Einführung Auftaktveranstaltung

Altersarmut

Michael Edele, Geschäftsführer der AGFW

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich Sie zu unserer diesjährigen Auftaktveranstaltung unserer Kampagne „Fehlt Ihnen etwas?“ 2010 zum Sonderthema „Altersarmut“ begrüßen. Die Begrüßung ergeht auch im Namen unserer diesjährigen Kooperationspartner Landesseniorenbeirat, Sozialverband Deutschland, Landesverband Hamburg e.V., und dem Verein „Mieter helfen Mieter“.

Ursprung unserer Kampagne ist das Thema der Bekämpfung der verdeckten Armut: Menschen nehmen Sozialleistungen nicht in Anspruch, obwohl sie ein Recht darauf haben. Wir wollen mit dieser Kampagne diese Menschen über ihre Rechte aufklären und ihnen dazu verhelfen, ihre Ansprüche wahrzunehmen.

Wir haben in den vergangenen Jahren diese Kampagne immer mit einem Spezialthema gekoppelt:

Es begann im Jahre 2004 mit einem Aufschlag zum Thema „Verdeckte Armut“ als Schwerpunkt. Es folgten die Themen „Armutsberichtserstattung“, „Armut und Gesundheit“, „Armut trotz Arbeit“, „Armut und Wohnen“ sowie „Armut von Kindern und Jugendlichen“. Die Dokumentationen dieser Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage der Kampagne www.fehlt-ihnen-etwas.de.

Die Kampagne besteht in der Regel aus zwei Teilen:

1. Thematisierung des Themas über eine wissenschaftliche Auftaktveranstaltung, Forderungskataloge und Pressearbeit.
2. Additives Beratungsangebot in diesem Jahr in 15 Seniorentreffs zu den Themen „Grundsicherung, Pflege und Wohnen“.

Altersarmut

Die Erfahrungen der letzten Kampagnen haben gezeigt, dass zunehmend ältere Menschen das additive Beratungsangebot auf den Straßen aufgesucht haben. Auch in den Seniorentreffs selbst ist ein Zulauf an Menschen mit geringem Einkommen zu verzeichnen.

Zahlen zeigen, dass das Thema "Altersarmut" an Bedeutung gewinnt:

- 1. Leistungen der Grundsicherung:** In 2009 erhielten 17.763 Menschen über 65 Jahre Grundsicherungsleistungen, das entspricht einer Steigerung von 2% gegenüber 2008. Seit 2004 sind die Zahlen um 42% gestiegen. 70% der Betroffenen erhalten diese Leistungen ergänzend zur Rente.

1.0

Die Zahlen in Hamburg sind doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt: 5,2 zu 2,5%.

2. Armutsschwelle: Mehr als 11% der Menschen über 65 Jahren leben unter der Armutsschwelle. Diese liegt bei einem ein-Personen-Haushalt in Hamburg bei 871 Euro (Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de).

Altersarmut bedeutet auch oft lebenslange Armut, da die Menschen in der Regel nicht mehr aus dieser Situation herauskommen, da eine Arbeitschance nicht mehr besteht. Prognosen sagen aus, dass Altersarmut weiter zunehmen wird. Wissenschaftler befürchten eine Zunahme bundesweit von bisher 12% auf über 16% im Jahre 2023.

Ursachen

Ein Hauptgrund ist eine zu niedrige Rente. Diese resultiert vor allen Dingen aus gebrochenen Erwerbsbiografien durch Arbeitslosigkeit, Kindererziehungszeiten oder Pflegezeiten sowie aus einer schwachen Lohnentwicklung, die wiederum zu einem geringen Anstieg der Renten führt.

Außerdem sind fehlende Mindestlöhne verantwortlich für prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die wiederum dazu führen, dass Rentenansprüche gering bleiben.

Verschärft wird diese Situation noch einmal durch die Abschaffung des Beitrags zur Rentenversicherung für Empfänger/innen von SGBII-Leistungen – auch wenn diese Leistungen schon jetzt generell zu niedrig sind.

Folgen

Das Alter bringt zusätzliche Belastungen mit sich, so dass sich die Folgen von Einkommensarmut noch verstärken:

Gesundheitliche Einschränkungen führen zu erhöhten Kosten für Medikamente und Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalten sowie steigende Eigenbeiträge zur Pflege. Körperliche Einschränkungen führen zu einer Abnahme an Mobilität und die Kosten für Mobilität (Taxi, eigenes Auto) können bei Menschen mit geringem Einkommen nicht getragen werden. Wer nicht vereinsamen möchte, muss vor die Tür, dazu fehlen die Mittel.

Der Wegzug aus Wohnungen kann die Folge körperlicher Einschränkungen sein (fehlender Fahrstuhl). Der angespannte Hamburger Wohnungsmarkt führt dann dazu, dass die Menschen in andere Stadtteile ziehen müssen und somit auch an sozialen Kontakten verlieren.

Insgesamt verschlechtert Altersarmut noch zusätzlich die Chancen gesellschaftlicher, sozialer und kultureller Teilhabe, mit der unangenehmen Folge der zunehmenden Vereinsamung.

Forderungen

Die Hamburger Wohlfahrtsverbände fordern daher

1.0

1. Die Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung und ausreichende Berücksichtigung von Mehrbedarf für älteren Menschen. Gerade bei der Grundsicherung können dies die Landesregierungen selbst entscheiden.
2. Hamburg soll sich im Bundesrat für die Sicherung eines dauerhaften verlässlichen Rentenniveaus einsetzen. Es müssen rentenrechtliche Ausgleichsleistungen für die Zeiten der Kindererziehung und Pflege geschaffen werden, die stärker als bisher das fehlende Einkommen in dieser Zeit kompensieren. Die Abschaffung der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslosengeld II-Empfänger muss zurückgenommen werden, im Gegenteil müssen die Beiträge sogar erhöht werden. Mindestlöhne müssten flächendeckend eingeführt werden, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden.
3. Die bezirkliche Seniorenberatung in Hamburg darf nicht beschnitten werden, denn hier erhalten die Senioren und Seniorinnen wertvolle Beratungsleistungen.
4. Die 86 Hamburger Seniorentreffs müssen erhalten und die Rahmenbedingungen verbessert werden, z.B. durch hauptamtliche Kräfte in allen Seniorentreffs.
5. Um die Auswirkungen der Vereinsamung entgegenzuwirken, müssen Besuchsdienste in Seniorentreffs und an anderen Stellen ausgebaut werden.
6. Die Armut- und Reichtums-Berichterstattung, die sich das Ziel gesetzt hat, gerade auch die Situation von ärmeren Senior/innen zu erforschen, muss schnellstens umgesetzt werden, möglichst noch in dieser Legislaturperiode.

Die nachstehende Veranstaltung wird nun auf die konkreten Rahmenbedingungen von Altersarmut eingehen als auch spezifische Situationen in Hamburg aufzeigen. Dem Vorbereitungsteam, insbesondere Frau Bolze und Frau Wermke als Projektkoordinatorinnen und der AG Kampagne sei noch einmal ausdrücklich gedankt. Diese Kampagne wird ebenfalls dokumentiert werden und im Laufe des nächsten halben Jahres veröffentlicht werden.

Hamburg, im Februar 2011

Michael Edele

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V.

Vortrag

Lebensqualität und Altersarmut

PD Dr. Andreas Motel-Klingebiel, Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA), Berlin

Altern und Alter

- Das „Altern“ ist ein im Grundsatz offener, biologischer und sozialer Prozess und erstreckt sich über den gesamten Lebenslauf
- In der Durchsetzung des Lebensalters als Struktur- und Ordnungsprinzip wird das höhere Alter als Ruhestand zur eigenständigen Lebensphase
- Das „Alter“ beschreibt die späten Phasen dieses Lebenslaufs, die durch den Ruhestandsübergang abgegrenzt ist
- Die Soziale Sicherung ist also Grundlage der Lebensphase Alter
- Die Offenheit des Alternsprozesses ist im Alter doppelt begrenzt:
 - Im hohen Alter werden Einbußen und Verluste häufiger:
Altern endet stets mit dem Tod
 - Die Lebenschancen in Deutschland sind ungleich verteilt:
Sie sind an den Zugang zu Ressourcen und Positionen gebunden
- Der bloß allgemeine Ablauf ist überformt durch:
 - biologische Voraussetzungen und personale Ressourcen
 - sozial-räumliche und gesellschaftliche Rahmungen der Lebensläufe
- Beides steht unter dem Eindruck gesellschaftlicher Entwicklung:
 - Ausweitung der Lebenserwartung
 - Nivellierung sozialer Ungleichheit durch Ausbau sozialer Sicherung

Alter und Armut

- „Alt=arm bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein als Ausdruck gesellschaftlicher Wirklichkeit
- Vorindustrielle Formen der Alterssicherung (Altenteil, Alters- als kommunale Armenversorgung) wurden abgelöst – Verlust der Fähigkeit zum Verkauf der Arbeitskraft als zentrales Armutsrisiko
- Alterssicherung war lange Zeit nicht auf Armutsvermeidung ausgelegt
- Rentenversicherung der Arbeiter und frühe Formen der Beamtenversorgung als selektive Erwerbstätigen(ver)sicherung
- Hohe soziale Selektivität der Mortalität begrenzte Altersarmut
- Grundlegender Wandel seit den 1950er Jahren
 - Lebensstandardsicherung als Sicherungsziel öffentlicher Alterssicherung
 - Ausweitung des Kreises der Gesicherten
 - Anhebung der Sicherungsniveaus
- Wandel seit den 1990er Jahren
 - Aufgabe der Lebensstandardsicherung als Sicherungsziel der gesetzlichen Rentenversicherung
 - Entwicklung vom produzierenden zum regulierenden Wohlfahrtsstaat in Deutschland

2.0

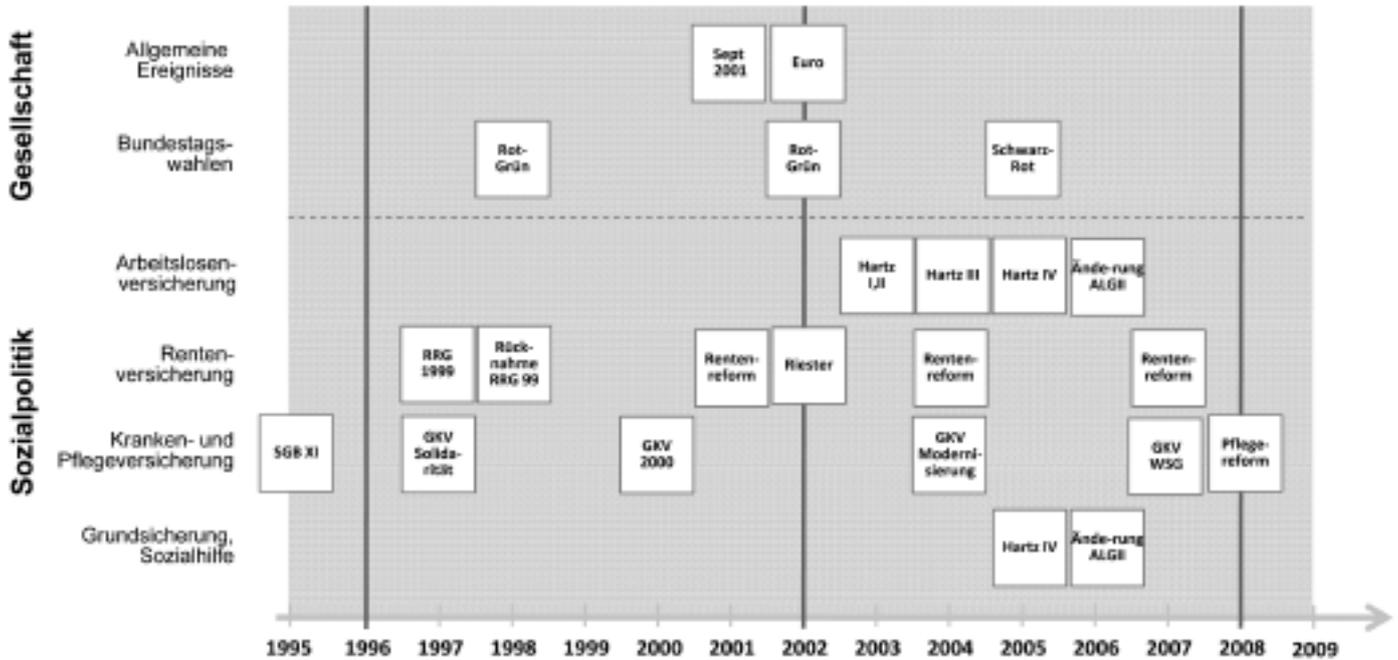
- Privatisierung von Sicherungsentscheidungen und -formen
- Neue Diskussion über Altersarmut: moderat steigende Quoten und Projektionen auf schwacher Datenbasis:
Anstieg des Anteils der Grundsicherungsempfänger über 65 Jahre zwischen 2003 und 2008 von 1,73 auf 2,45 Prozent
- Verdreifachung der Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zwischen 2003 und 2008
- Hauptlast tragen die Kommunen, die die Grundsicherung im Alter zu mehr als 80 Prozent finanzieren
- Grundsicherungsbezug im Alter als heikler Indikator für wissenschaftliche Betrachtung
 - Quoten unterschätzen Armutsrisiken und Grenzen sind politisch verhandelt
 - Differenz zwischen Grundsicherung und Einkommensarmut:
„Verdeckte Armut“ als Problem
- Wesentliche Veränderungen in Sicherung und Lebensläufen
 - Sinkende Sicherungsniveaus in der GRV
 - Ungleiche Inanspruchnahme privater Sicherung
 - Wachsende Zahlen gering bezahlter und/oder instabiler Beschäftigung
 - Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Streichung der Rentenversicherungsbeiträge für ALG II-Empfänger
- Altersarmut als Kostenproblem:
 - Belastung der Kommunen durch steigenden Grundsicherungsbezug
 - Streichung der Rentenbeiträge bei ALG II ist kommunales Kostenrisiko
- Altersarmut als Teilaspekt geringer Lebensqualität der Betroffenen
- Wachsende Altersarmutsrisiken als Ergebnis des Wandels von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik

Sozialer Wandel

- Der Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen prägt die Entwicklung von Alter und Altern
- Er vollzieht sich in zwei Zeitperspektiven:
 - *Kurz-/mittelfristig*: Wandel der Rahmenbedingungen der Lebenssituationen in Gegenwart und jüngster Vergangenheit
 - *Langfristig*: Wandel der Lebensläufe und ihrer Rahmenbedingungen in der bisherigen Lebenszeit der heute Älteren
- Sozialer Wandel betrifft den gesamten Lebenslauf
- Allgemeine Diagnosen der sozialen Differenzierung und der Beschleunigung des sozialen Wandels betreffen alle Lebensphasen
- Der Wandel von Politik als Beispiele des Wandels aktueller Rahmen: *Arbeitsmarkt-, Renten-, Gesundheits-, Pflege-, Sozialhilfe-/Grundsicherungs-, Wirtschafts-, Vereinigungs-/Strukturpolitik*

Sozialer Wandel und Lebenssituationen

Der Wandel von aktuellen Politikrahmen

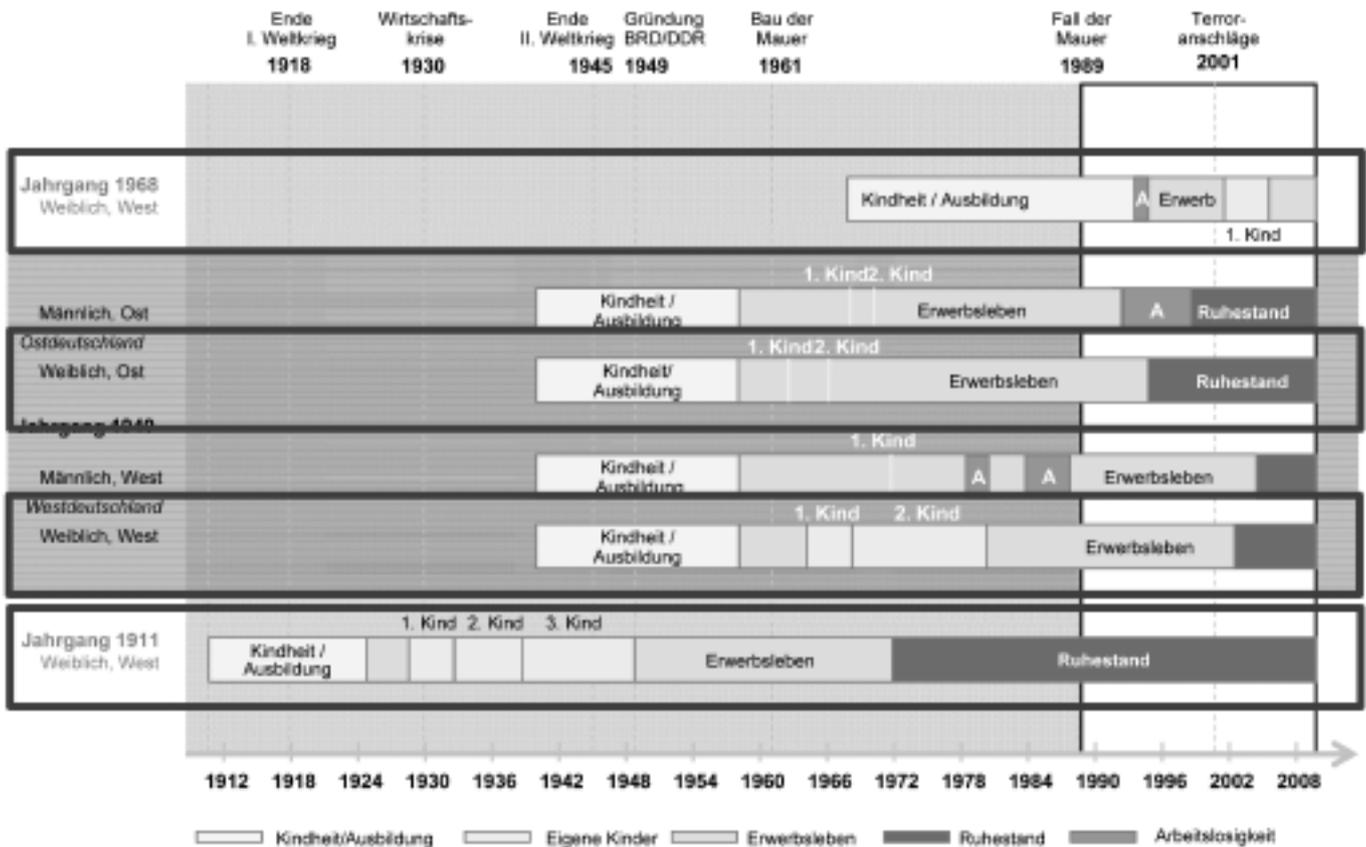


Sozialer Wandel und Lebensläufe

Der Wandel von langfristigen Rahmenbedingungen

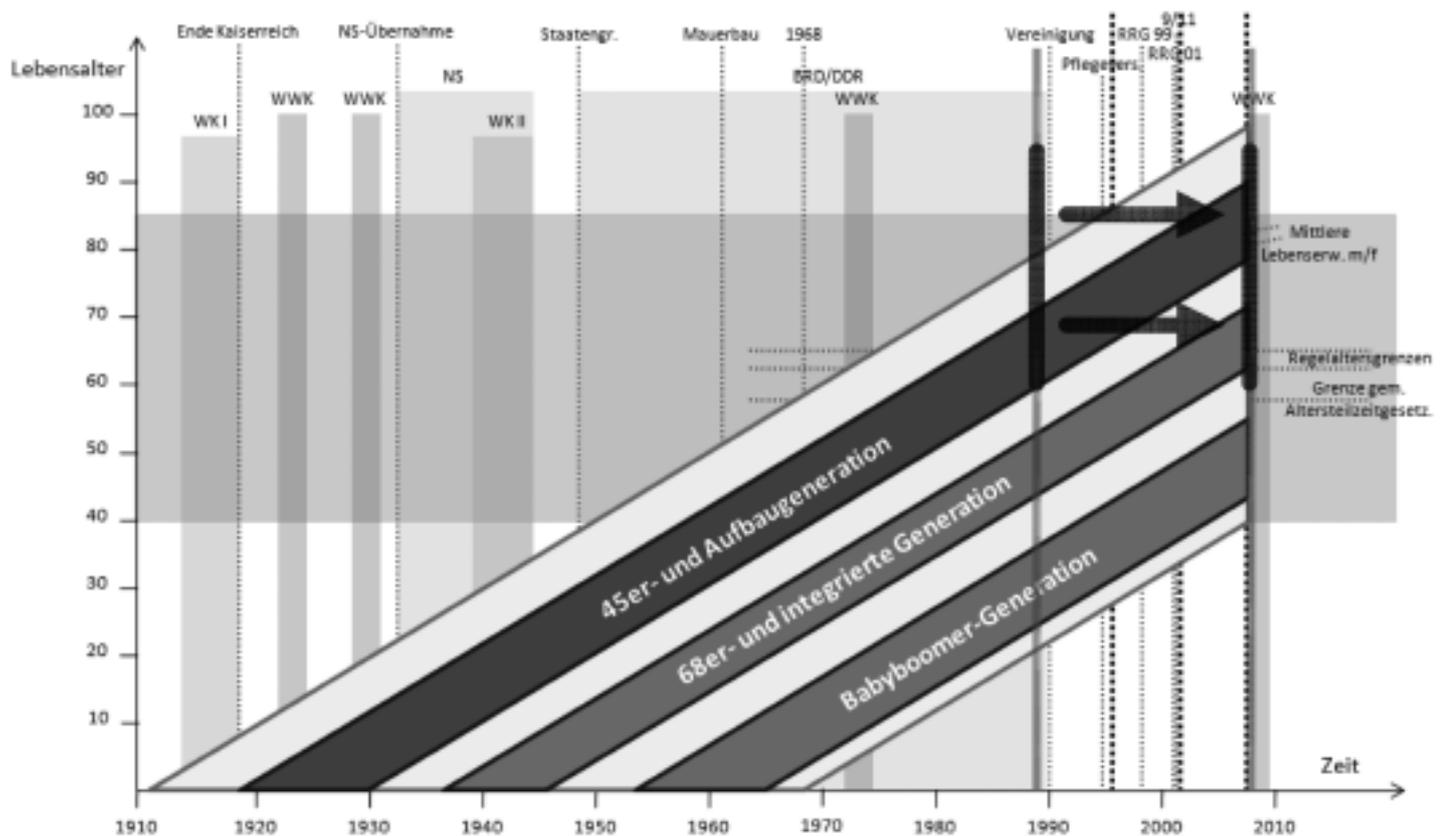
- Der Wandel der langfristigen Rahmenbedingungen der Lebensläufe prägt die Lebenssituationen von Individuen
- Er kann als Kohorten- bzw. Generationenwandel verstanden werden
- Lebensläufe verschiedener Geburtskohorten/Generationen stellen sich stark unterschiedlich dar:
Sie unterscheiden sich erheblich, z. B. hinsichtlich
 - Bildungsphasen
 - Kinderzahl und erwerbsfreier Kinderziehungszeiten
 - Erwerbssequenzen und -formen
 - Phasen der Arbeitslosigkeit
 - Ruhestandsübergangszeitpunkt und -pfaden

2.0



- In der Interpretation von Veränderungen kann so eine Generationen- oder Kohortenperspektive eingenommen werden
- Es bieten sich für das aktuelle höhere Lebensalter drei Geburtskohorten an, mit denen sich – teils getrennt für Ost- und Westdeutschland – zumindest fünf Generationen markieren lassen:

	West	Ost
1918-1930	„45er-Gen.“	„Aufbaugeneration“
1937-1945	„68er-Gen.“	„Integrierte Generation“
1950-1965	Babyboomer	

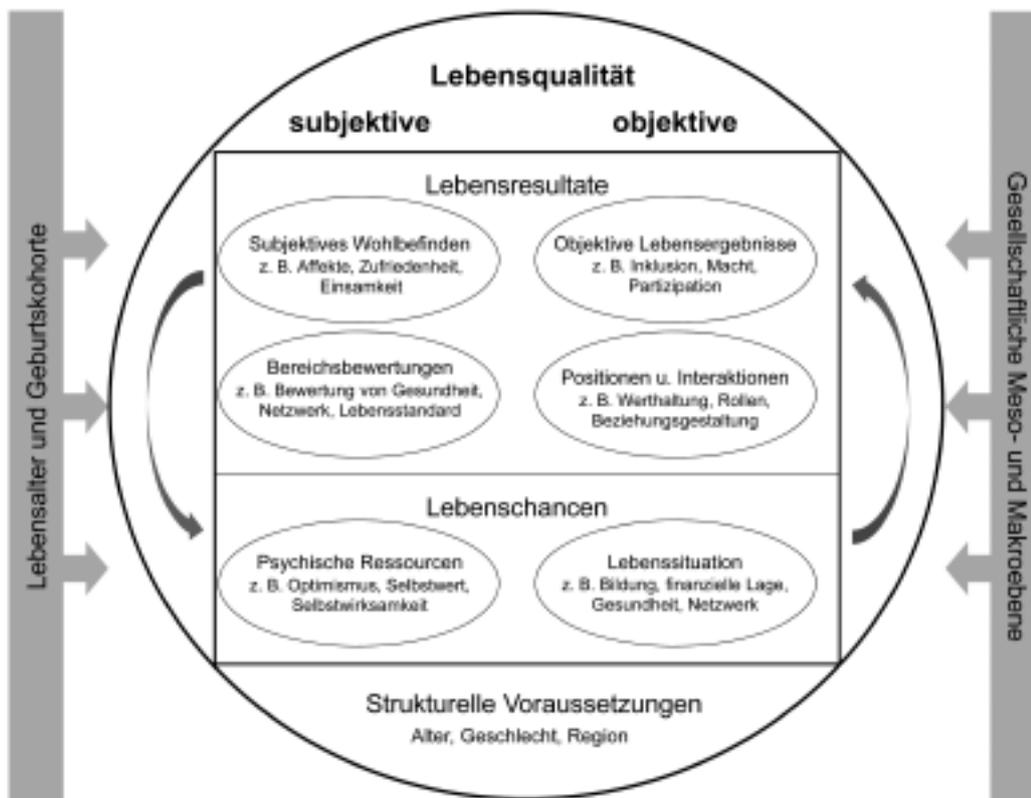


Lebensqualität

„Gutes“ und „schlechtes“ Leben im Alter

- Die Beschreibung der Lebenssituationen älterer Menschen verlangt nach Bestimmung von Kriterien
 - Gibt es gute und schlechte Lebenssituationen?
 - Was bedeutet das „gute“ Leben, was weniger gutes oder gar schlechtes?
- „Lebensqualität“ als integrierender Oberbegriff unter
 - Einschluss objektiver und subjektiver Aspekte
 - Berücksichtigung von Voraussetzungen und Ergebnissen und deren Wechselwirkungen
- Lebensqualität und ihre Verteilung als Zielgröße von Sozialpolitik und als Kriterium ihres Erfolges

2.0

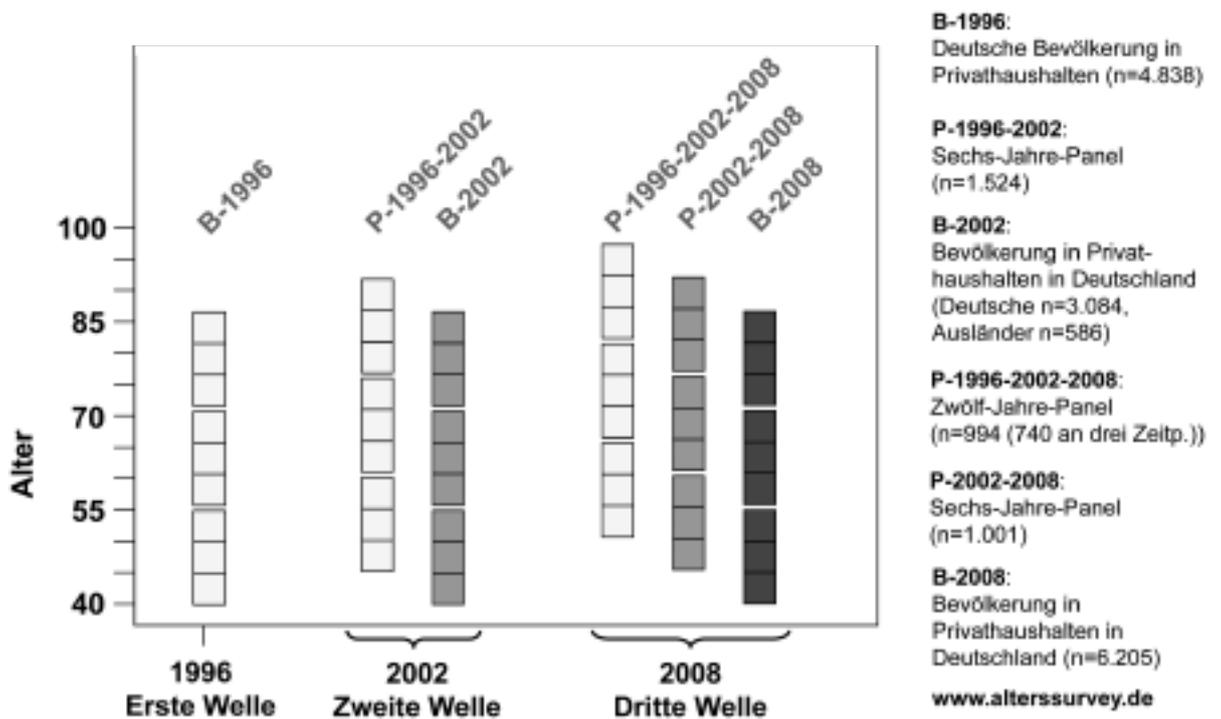


- Geringe Lebensqualität als multidimensionale, prekäre Lage
- Einkommensarmut als ein ressourcenbezogener Näherungsindikator mit voraussetzungsvollen Annahmen hinsichtlich der individuellen Bedarfe sowie zu Bedeutung, Verwendung und Verteilung der Ressource
- Die Armutsgrenze: 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung (oft auch als Armutsriskogrenze bezeichnet)
- Basis: Bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen pro Kopf (Äquivalenzeinkommen); der Wert lag 2008 auf Basis des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) bei 772 Euro
 - ≈ Haushaltseinkommen bei zwei Erwachsenen: 1.158 Euro
 - ≈ Haushaltseinkommen bei zwei Erwachsenen plus Kind: 1.390 Euro

Daten zur Lebensqualität im Alter

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS)

Auftraggeber	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Auftragnehmer	Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA), Berlin
Design	Quer- und längsschnittlicher Survey; disproportional geschichtete Stichprobe in Privathaushalten lebender Personen (40-85) und Panelstichprobe (46-97)
Befragung	Persönliches Interview (CAPI), schriftlicher Fragebogen (PAPI), Gesamtdauer: ca. 150 Minuten; Feldarbeit durch infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH
Fokus „Alter und Altern“	Ausrichtung an Fragen des Alterns mit Konzentration auf das mittlere und höhere Lebensalter

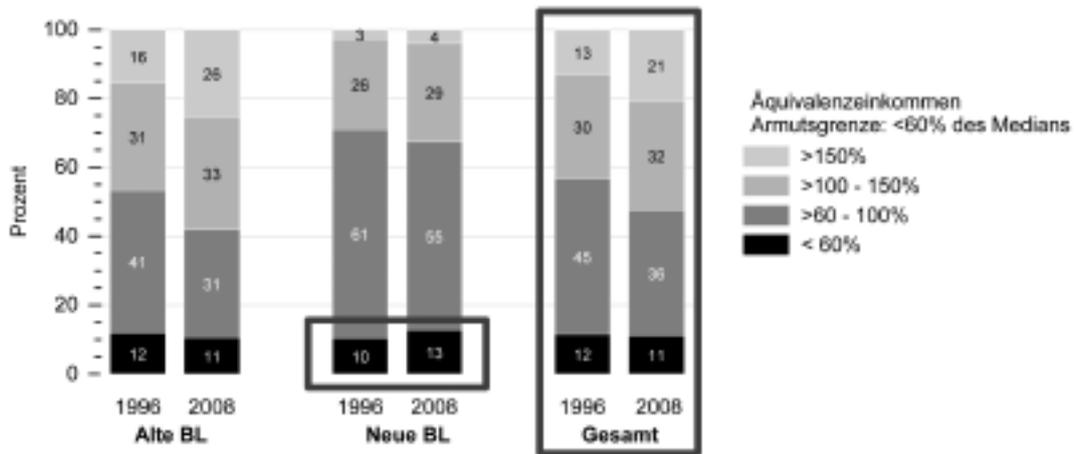


Kein Geld?

Die Verteilung prekärer Einkommenslagen im Alter

2.0

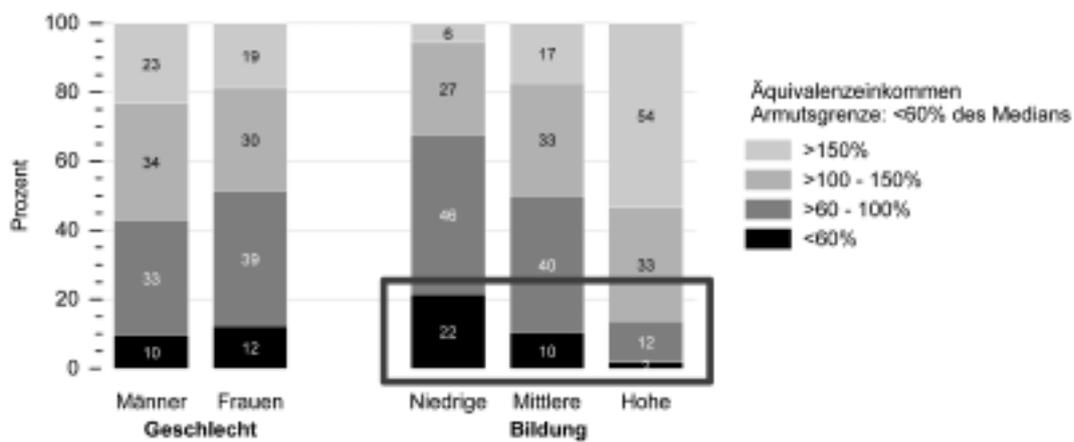
Einkommensarmut in Ost und West (65+)



Armutsgrenze: 60% des Medians, 2008: 772 Euro

Quelle: Deutscher Alterssurvey 1996-2008

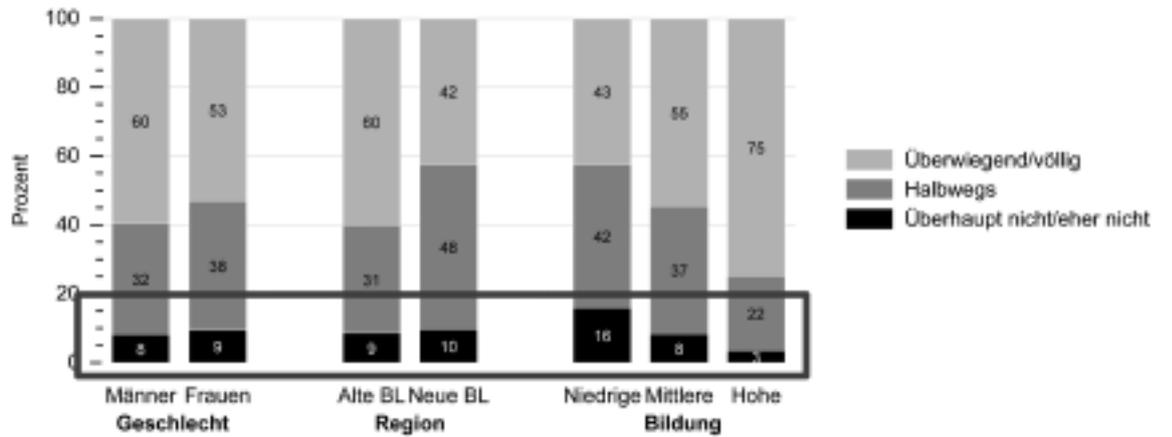
Einkommensarmut nach Geschlecht und Bildung (65+)



Armutsgrenze: 60% des Medians, 2008: 772 Euro

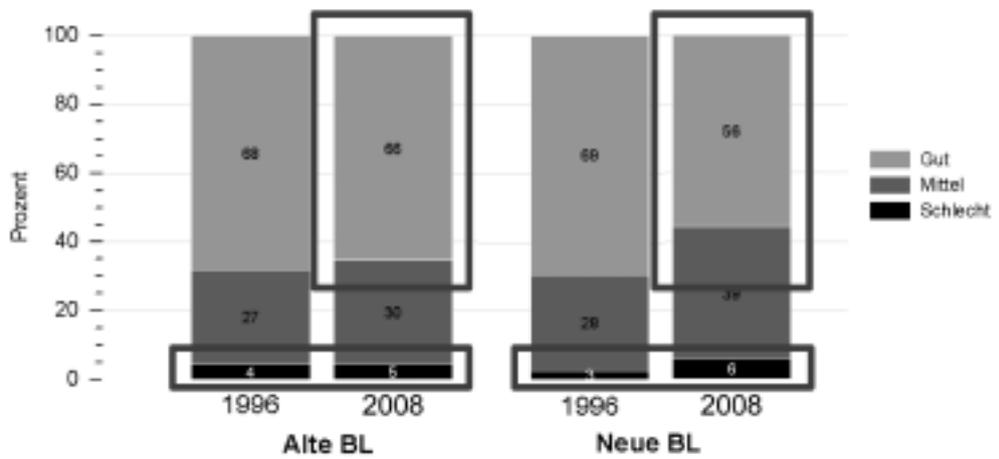
Quelle: Deutscher Alterssurvey 2008

Subjektive Bedarfsdeckung nach Geschlecht, Region und Bildung (65+)



Quelle: Deutscher Alterssurvey 2008

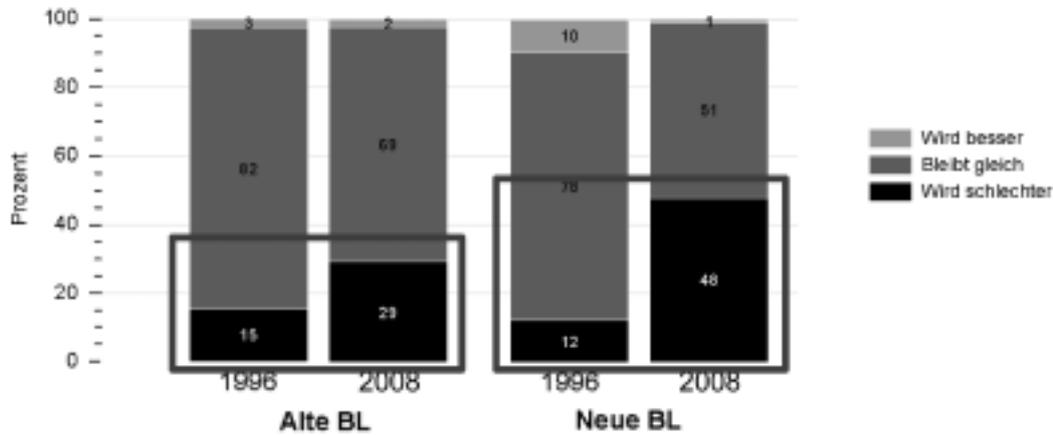
Bewertung des Lebensstandards nach Region (65+)



Quelle: Deutscher Alterssurvey 2008

Erwartung der Entwicklung des Lebensstandards nach Region (65+)

2.0



Quelle: Deutscher Alterssurvey 2008

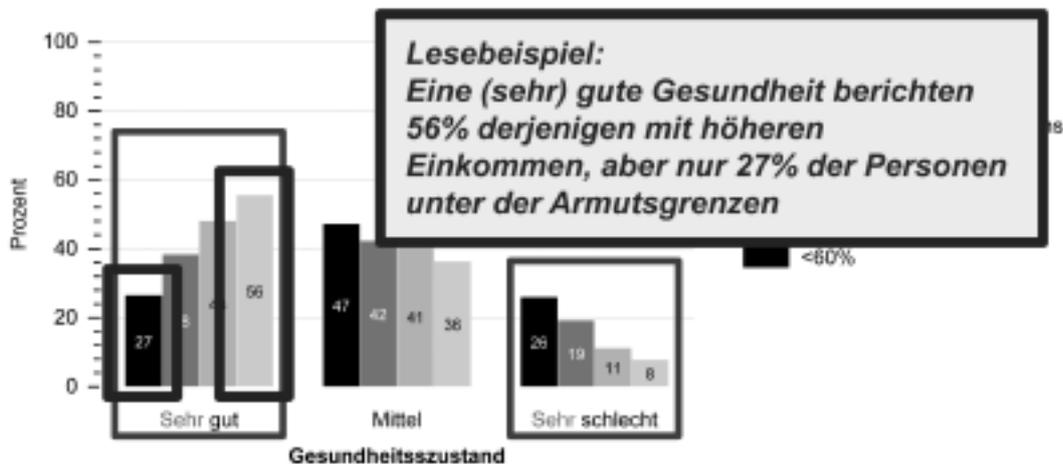
Zusammenfassung

- Nach langjährig sinkender Altersarmut: Gering steigende Armutsbetroffenheit auch nach dem Übergang in den Ruhestand
- Geringfügiges Steigen der Quoten vor allem in Ostdeutschland – Ausdifferenzierung der Einkommensverteilung durch Anstieg höherer Einkommen
- Sinkende Einkommenszufriedenheit – vor allem in Ostdeutschland
- Dramatischer Anstieg der Abstiegs Erwartungen
 - Besonders deutlich unter älteren Erwerbstätigen und in wirtschaftlich schwachen Regionen
 - Umkehr im letzten Jahrzehnt: In West- schwächer als in Ostdeutschland

Kein Geld – was nun?

Prekäre Lagen im Alter und ihre Zusammenhänge

Die Beziehung von Armut und wahrgenommener Gesundheit (65+)



Quelle: Deutscher Alterssurvey 2008

Die Beziehung von Armut und Lebenserwartung (65+)

Datenbasis: SOEP und Periodensterbetafeln 1995-2005

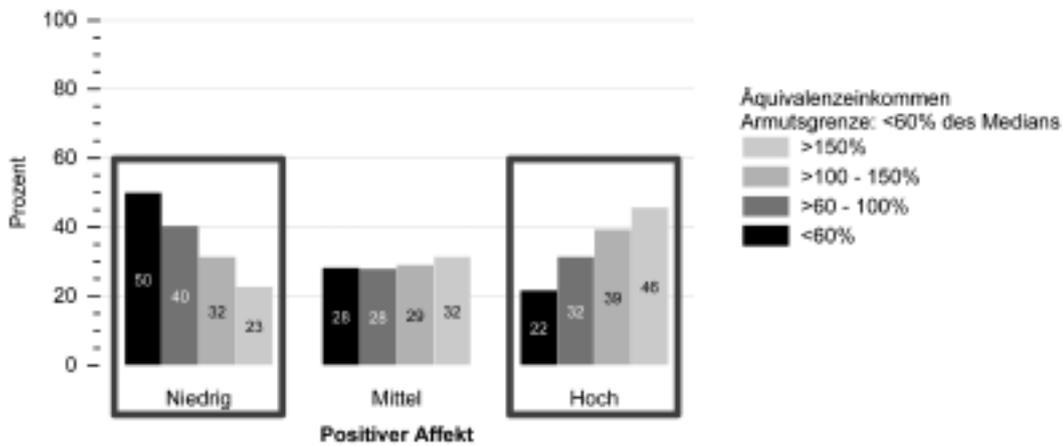
	Lebenserwartung bei Geburt			Lebenserwartung mit 65 Jahren		
	Amtliche Sterbetafeln	SOEP (gewichtet)	SOEP (ungewichtet)	Amtliche Sterbetafeln	SOEP (gewichtet)	SOEP (ungewichtet)
Männer						
0-<60%	70,1	74,0	75,3	12,3	15,3	15,6
>150%	80,9	85,2	85,8	19,7	23,4	23,5
Differenz	10,8	11,2	10,5	7,4	8,1	7,9
Frauen						
0-<60%	76,9	78,7	79,7	16,2	17,3	17,9
>150%	85,3	87,2	88,0	22,5	24,1	24,7
Differenz	8,4	8,5	8,3	6,3	6,8	6,8

Legende:
 0-<60%: Einkommensposition 0-<60% des gesellschaftlichen Durchschnittswerts (Median) „Armutrisikogruppe“
 >150%: Einkommensposition >150% des gesellschaftlichen Durchschnittswerts (Median) „Relativer Wohlstand“

Quelle: Kroll & Lampert 2008

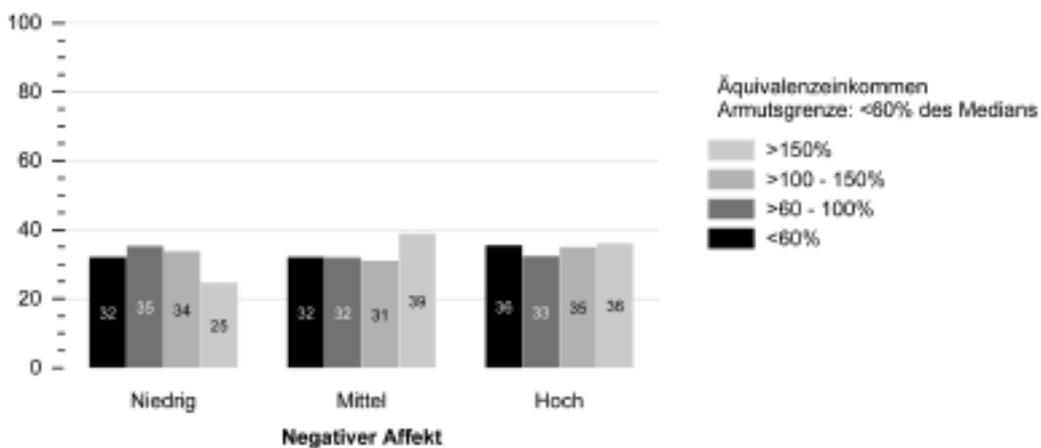
2.0

Die Beziehung von Armut und positivem Affekt (65+)



Quelle: Deutscher Alterssurvey 2008

Die Beziehung von Armut und negativem Affekt (65+)



Quelle: Deutscher Alterssurvey 2008

Die neue Diskussion um Altersarmut

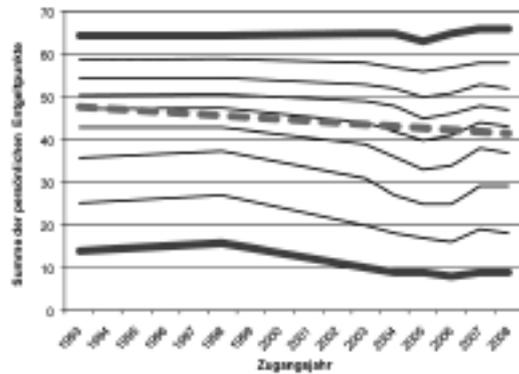
Mögliche Trends und ihre Hintergründe

- Fortschreitender Wandel der Lebensläufe: Pluralisierung und Inhomogenisierung
 - Familienverläufe
 - Erwerbsbiografien
- Fortschreitender Wandel sozialer Sicherung
 - Sinkende Sicherungsniveaus: Beitragsstabilität statt Lebensstandardsicherung
 - Privatisierung der Alterssicherung: Risikodiversifizierung und Renditehoffnungen
 - Veränderte Sicherungsziele: Vom produzierenden zum regulierenden Wohlfahrtsstaat

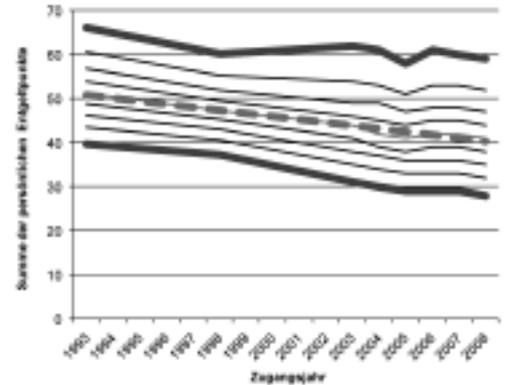
Erwerbsverläufe

Entgeltpunkte bei Neurentnern 1993-2008

Westdeutschland



Ostdeutschland



- Absinken und Spreizung der Verteilung
- Median-Bruttorente in 2008: West: 1.142 EUR – Ost: 957 EUR

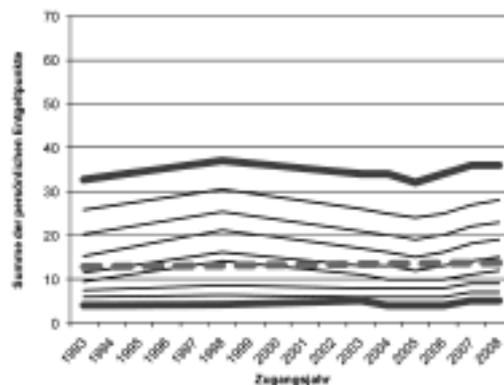
Familienverläufe

- Zunehmende Pluralität von Partnerschafts- und Familienverläufen
 - Kinderlosigkeit vs. Elternschaft
 - Ehe vs. nicht-eheliche Partnerschaften
 - Gestiegene Mobilität führt zu wachsenden räumlichen Distanzen zwischen Eltern und Kindern
- Gegenwärtige Zunahme des Anteil derjenigen Älteren, die mit (Ehe-)Partner leben – wohl aber als kurzzeitiger Effekt
- Konsequenzen für die Lebenssituationen im Alter sind offen
 - Künftige Kumulation von Anwartschaften der Ehepartner?
 - Künftige Zunahme des Anteils Alleinlebender und/oder Kinderloser?
 - Entwicklung familialer/privater Versorgungsmuster bzw. Bedarfe?

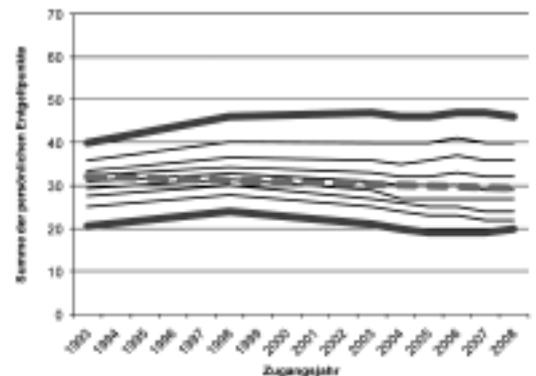
Erwerbsverläufe

Entgeltpunkte bei Neurentnerinnen 1993-2008

Westdeutschland



Ostdeutschland



- Konstanz (West und Ost) und Spreizung der Verteilung (Ost)
- Median-Bruttorente in 2008: West: 398 EUR – Ost: 677 EUR

Quelle: Frommer/Himmelreicher 2010

Erwerbsverläufe

Veränderungen der Entgeltpunkte bei Neurentnern

- Veränderungen der Entgeltpunkte bei Neurentnern deuten auf teilweise sinkende Rentenanwartschaften hin
 - Konstanz bei Frauen, Gewinne in den oberen Gruppen
 - Im Mittel sinkende Anwartschaften bei Männern, doch deutliche Verluste in den unteren Bereichen der Verteilung
 - Untere Einkommensgruppen sorgen nur geringfügig privat vor
- Beschriebene Entwicklungen betreffen nur aktuelle Neurentner/innen
- Für die Babyboomer deuten sich weitaus deutlichere Entwicklungen an
- Darstellung bezog sich auch Entgeltpunkte und blendet die ungünstige Entwicklung des Rentenwerts aus
- Die private Absicherung verstärkt darüber hinaus den Trend zur Ausdifferenzierung

2.0

Folgen für Altern und Alter

Veränderungen der Entgeltpunkte bei Neurentnern

- Gegenwärtige und absehbare Veränderungen der materiellen Situationen im Ruhestand
 - Aktuelle Stabilität bei steigender Ungleichverteilung
 - Absehbare Veränderungen für künftige Ruhestandskohorte
 - Zunehmender Rückzug der Absicherung auf grundsichernde Komponenten
- Das Alter als gut gesicherte Ruhestandsphase für die Mehrzahl der Menschen? Ob es zur neuerlichen Relevanz der Gleichung "alt=arm" kommen wird, ist weithin offen
- In jedem Fall kann Wissen und damit Beratung helfen
 - Als Beratung bei Armut im Alter
 - Als Beratung zur Vorsorge für das eigene Alter im Lebenslauf

Altern und Alter: Aus der To-do-Liste von Altersforschung und Sozialberichterstattung

- Aus Sicht der Altersforschung ist zu zielen auf:
 - Kontinuierliche Dauerbeobachtung der Entwicklungen in der sich verlängernden Lebensspanne jenseits des Ruhestandsübergangs
 - Verbesserte Analyse der Zusammenhänge zwischen Lebensläufen und Situationen im Alter sowie möglichen Interventionsoptionen
 - Prospektive Studien und Projektionen künftiger Lebenssituationen
- Dauerbeobachtung und Lebensläufe: Deutscher Alterssurvey (DEAS), Survey of Health, Aging and Retirement in Europe (SHARE), Sozioökonomisches Panel (SOEP)
- Für Projektionen beispielweise: "Lebensläufe und Alterssicherung im Wandel" (LAW)
- Verbesserter Zugriff auf kleinräumige Daten der amtlichen Statistik

Vortrag

Alltagserfahrungen mit der Armut im Alter

Hanna Blase, Seniorentreff Nachbarschaftsheim St. Pauli e.V.

Der Zusammenhang zwischen der Armut im Alter und fehlender Bildung ist eklatant. Es findet sich häufig eine direkte Verbindung von der Kinderarmut und dem fehlenden oder eingeschränkten Zugang zu Bildung und der Altersarmut. Die Schichtzugehörigkeit wird zum Schicksal. Keine Bildungsmöglichkeiten oder keine Förderung führen zur Chancenlosigkeit bei der Ausbildung und im Berufsleben. Die dann noch offen stehenden Arbeitsplätze mit schwerer und belastender körperlicher Arbeit, schlecht bezahlt, bedingen körperlichen Verschleiß. Zu den Folgeerscheinungen gehören frühere Erwerbsunfähigkeit und Verrentung mit Abschlägen. Die Altersarmut ist erreicht. Die Altersarmut ist natürlich auch direkte Folge niedriger Löhne, besonders bei Frauen und deren geringerer rentenrechtlicher Zeiten durch Kindererziehung.

Diese Armut hat noch mehr Dimensionen als den Geldmangel. In einer immer komplizierter werdenden Welt hat der Bildungsmangel gravierende Folgen. Wichtige Lebensbereiche wie Arbeit, Rente, Versicherungen, Arbeitslosengeld, Sozialleistungen, Mietverhältnis etc. sind vertraglich geregelt und stellen erhebliche Anforderungen an den Einzelnen für das Verständnis und die Regulierung. Wer dies nicht kann, ist stark benachteiligt. Als Beispiel sei hier die Beantragung eines Schwerbehindertenausweises mit Merkmalen erwähnt, die für einen ungebildeten Menschen in der richtigen Beantragung und Beweisführung zu einer unüberwindlichen Hürde wird. Bildung ist ebenso erforderlich, um Probleme zu erkennen, Lösungen zu finden, dadurch sich auch Handlungsspielräume zu schaffen und Möglichkeiten zur Partizipation zu erhalten.

In der gegenwärtigen Festlegung von Voraussetzungen für Grundsicherungsleistungen werden Menschen, die nur knapp über den Sätzen liegen und deswegen z. B. nur Wohngeld erhalten, schwer benachteiligt. So werden sie nicht von der GEZ befreit, haben keinen Anspruch auf einen Nachlass beim HVV („Sozialfahrkarte“), keine Befreiung von den Zusatzkosten der Krankenversicherungen und teilweise keinen Anspruch auf Hilfen im Alter. Aber auch die Sätze der Grundsicherung sind völlig unzureichend, insbesondere, da der Mehrbedarf Alter schon seit langem gestrichen wurde und ebenfalls viele Einzelfallhilfen im Alter. Hier einige Beispiele:

1. Ernährung im Alter

- Die Lebensmittelsätze sind zu niedrig. Bei mangelnder Mobilität wird der Zugang zu günstigen Lebensmitteln schwerer, da der Einkaufsradius begrenzt ist. Auch Pflegekräfte haben nur begrenzt Zeit und können daher nicht günstig einkaufen.
- Kann nicht mehr selbst gekocht werden, ist das Essen auf Rädern viel zu teuer und schlecht. Trotz Bezuschussung bleibt auch beim billigsten Gericht viel zu wenig Geld übrig für den Resteinkauf.

3.0

2. Wohnen im Alter

- Muss im Alter die Wohnung gewechselt werden, z. B. weil die Treppen nicht mehr bewältigt werden können, hat ein armer alter Mensch keine Chancen in seinem (nachgefragten) Stadtteil zu bleiben: Der Vermieter scheut das Risiko, auf Kosten nach einem Todesfall sitzen zu bleiben wie drei Monate Mietzahlung, Renovierung, Räumung.
- Für den alten und armen Mieter ist ein Umzug nicht finanzierbar: Kosten für notwendige Neuanschaffungen, Renovierung Telefonummeldung etc. werden nicht übernommen. Bei Personen, die etwas über den Grundsicherungssätzen liegen, gibt es nur Bewilligung auf Darlehensbasis – wovon soll zurückgezahlt werden?

3. Teilhabe an der Gesellschaft

- Die Teilnahme an Bildung und Freizeit, wie z. B. Volkshochschule, Theater, Konzert, Café ist unbezahlbar für einen Grundsicherungsempfänger.
- Zugängliche Angebote wie Seniorentreffs sind an einigen Standorten von Schließungen bedroht.
- Der Zugang zu unabhängiger Beratung (obwohl nicht ausreichend vorhanden) wird immer weiter eingeschränkt. So soll im Bereich der bezirklichen Seniorenberatung gespart werden. Der Sozialdienst der Krankenhäuser ist z. B. in Asklepios Krankenhäusern stark reduziert und ersetzt durch privatwirtschaftliche Zusammenschlüsse der Anbieter ärztlicher und pflegerischer Leistungen.

Zum Schluss einige Beispiele aus meiner Beratungspraxis zur Veranschaulichung der Problematik:

1. Ein türkischer Besucher, Anfang 60, wendet sich an mich in meiner Sozialberatung, da er von der ARGE kein Heizungsgeld bekommt. Er lebt in einem Zimmer in einer Altbauwohnung, die der Vermieter in Zimmer aufgeteilt und an Männer vermietet hat. Küche und Bad werden gemeinsam benutzt, die Zimmer haben keine Heizung. Herr C. heizt mit einem Radiator, also mit Tagstrom. Die ARGE begründet ihre Ablehnung damit, dass sie keinen Haushaltsstrom finanziere. Meine schriftliche Darlegung der genauen Nebenkosten und der belegbaren Heizungsanteile in den Haushaltsstromkosten wlrld abgelehnt. Auf meinen Rat ging Herr C. zur ÖRA, um sein Recht auf Erstattung der Heizungskosten hier durchsetzen zu lassen. Leider wandte sich die ÖRA nicht direkt an die ARGE, sondern reichte sofort Klage beim Sozialgericht ein. Das hat umgehend die Klage abgewiesen, da das Widerspruchsverfahren bei der ARGE noch nicht ausgeschöpft war. Nachdem ich dann selbst in den Widerspruch für Herrn C. gegangen bin, hat er endlich, nach vielen Monaten, Heizungsgeld erhalten.
2. Eine deutsche Besucherin, Mitte 70, schwerbehindert, bat mich um Hilfe wegen ihres Rollstuhls. Die Akkus ihres E-Rollstuhls waren tiefenentladen, da sie wegen schwerer Krankheit nicht aufladen konnte. Sie wusste nicht, dass Akkus regelmäßig aufgeladen werden müssen. Dies wurde ihr bei der Übergabe des Rollstuhls auch nicht gesagt. Die hohen Kosten für neue Akkus (575 €) will die Krankenkasse nicht bezahlen wegen Eigenverschulden. Der Auslieferer des Sanitätshauses behauptet, er habe Frau B. aufgeklärt. Trotz diverser Briefe an die Krankenkasse, Verpflichtung zur Hilfsmittelversorgung, ärztlichem Attest über die Krankheit von Frau B. und Unfähigkeit während dieser Zeit den Roll-

stuhl aufzuladen, der Einschaltung von „autonom leben e.V.“ etc. verweigert die Krankenkasse die Kostenübernahme. Hier bliebe nur eine Klage vor dem Sozialgericht, die Frau B., die im Übrigen auch schwere Depressionen hat, nervlich nicht durchstehen kann.

3. Frau E., eine türkische Besucherin Anfang 60, kam wegen ihres Rollators zu mir. Sie bat mich, bei der Krankenkasse nachzufragen, weil ihr der Rollator im Hausflur ihrer Ärztin gestohlen worden war. Die Ärztin hatte für sie (Analphabetin) die Polizei geholt und der Krankenkasse den Sachverhalt in einem Brief mitgeteilt. Die Krankenkasse hatte den Brief nicht erhalten. Auf Nachfrage ergab sich, dass dies schon ein Jahr zurücklag, Frau E. den Brief der Ärztin bei ihrer Krankenversicherung nur auf einen Tisch gelegt hatte und dachte, damit sei alles erledigt. Sie hatte also ein Jahr gewartet, in der Zwischenzeit einen Rollator vom Flohmarkt gekauft und nachdem der kaputt ging, sich einen Neuen verschreiben lassen. Diesen sollte sie nun selbst bezahlen, da die Frist für einen Neuen noch nicht erreicht war. Ich habe mir eine Kopie des Briefes von der Ärztin geben lassen (mit AZ der Polizei) und diesen mit einer Schilderung des Vorgangs bei der Krankenversicherung eingereicht. Wir warten noch auf Antwort.
4. Herr J., ein deutscher Besucher Ende 50, fotografierte in unserem Seniorentreff seine Beine. Auf Nachfrage erzählte er, dass er Beweisfotos für das Versorgungsamt mache, da man bei ihm das Merkmal „G“ abgelehnt habe. Tatsächlich sahen die Beine besorgniserregend aus: schwarz verfärbt und mit offenen Stellen. Ich bat ihn, mir die Kopie seines Neufeststellungsantrags mitzubringen. Hier hatte er geschrieben: „Meine Beine sehen schlimm aus und es juckt mich im Genitalbereich“. Gemeint waren die offenen Stellen, die Verfärbungen und ein Ekzem wegen einer Hauterkrankung. Ich habe Herrn J. darüber aufgeklärt, dass er mit diesen Begründungen und einem Foto keinen Erfolg haben wird. Nach Rücksprache mit seinem Arzt habe ich das Versorgungsamt angeschrieben und als Begründung für das „G“ eine chronische Stauungsdermatitis, die zu einem Ulcus cruris führte angegeben, sowie den behandelnden Arzt.

Diese Beispiele zeigen m. E. deutlich, wie wichtig Bildung ist, um seine Ansprüche durchzusetzen. Wer dies nicht kann, ist neben den Problemen des Alters und der Armut besonders benachteiligt. Niedrigschwellige und unabhängige Beratungsangebote sind dringend notwendig!

Evaluation des Beratungstages in Hamburger Seniorentreffs am 28.10.2010 der Kampagne „Fehlt Ihnen Etwas? Beratung kann helfen!“ zum Themenschwerpunkt

Armut im Alter

von Valeska Bolze

Kurzbericht von Valeska Bolze
im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V.

4.0

1 | Zur Evaluation der Kampagne

Die Kampagne „Fehlt Ihnen etwas? – Beratung kann helfen!“ wurde 2010 das siebte Mal von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. veranstaltet. Der Bericht stellt die Ergebnisse zur Evaluation des Beratungstags am 28.10.2010 vor.

1.1. Untersuchungsfragen

Der Evaluation liegen die folgenden Untersuchungsfragen zugrunde:

1. Welche Personenkreise nehmen das Beratungsangebot in Anspruch (Geschlecht, Alter, Nationalität, Familien- und Haushaltssituation)?
2. Inwieweit sind die ratsuchenden Personen über die Angebote der Freien Wohlfahrtspflege bereits informiert?
3. Werden mit dem Beratungstag Personen in verdeckter Armut und insbesondere erwerbstätige Personen mit nicht ausgeschöpften Ansprüchen erreicht?
4. Kann den ratsuchenden Personen in der Beratung weitergeholfen werden?
5. Welche Fragen/Problemlagen gibt es zum Themenschwerpunkt „Armut im Alter“?

1.2. Erhebungsinstrument und methodische Anmerkungen

Da die Beratungsgespräche nicht durch eine Befragung der ratsuchenden Personen gestört werden sollten, wurden Protokollbögen eingesetzt, mit denen die geführten Beratungsgespräche von den Berater/innen nachträglich protokolliert wurden. Diese Bögen waren als Fragenkataloge mit vorwiegend geschlossenen Fragen gestaltet. Die Daten der Evaluation basieren damit auf den Einschätzungen der Beraterinnen und Berater. Die Ergebnisse sind vor diesem Hintergrund zu interpretieren.

Es wurden 94 Beratungsgespräche an 13 Standorten protokolliert. (2009: 242; 2008: 153, 2007: 255; 2006: 88; 2005: 121; 2004: 55¹)

¹ Alle Angaben zu 2004 beziehen sich ausschließlich auf reine „Beratungsgespräche“, da in diesem Jahr „Informationsgespräche“, z.B. über das allgemeine Anliegen der Kampagne, noch getrennt ausgewertet wurden. Die Werte sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

2 | Ergebnisse der Evaluation

Soweit kein anderer Hinweis gegeben ist, beziehen sich alle Prozentwerte auf die 94 protokollierten Beratungsgespräche (n=94=100%). Angaben ohne Einheit stellen die jeweilige Anzahl dar. „Keine Angabe“ wurde mit k. A. abgekürzt.

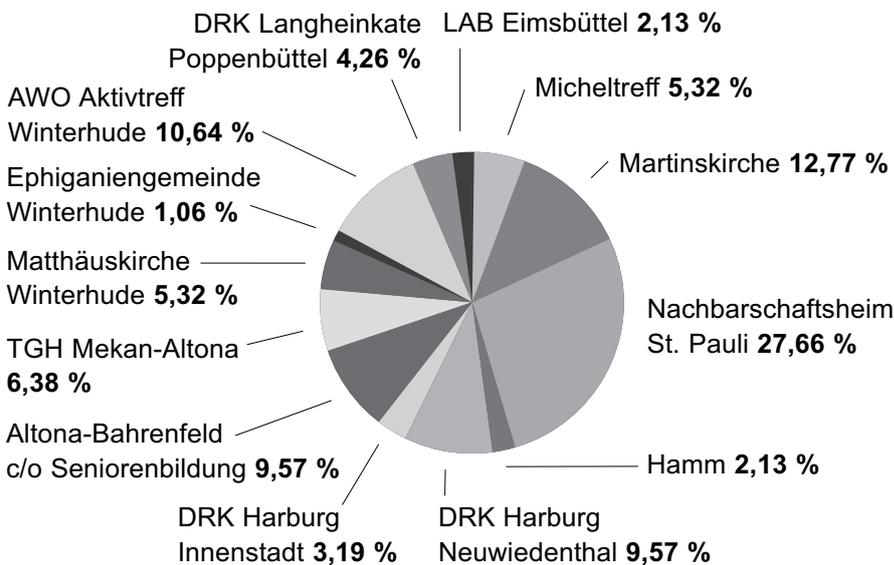
2.1. Allgemeine Daten zum Ablauf der Kampagne

2.1.1 Verteilung der protokollierten Gespräche auf die Standorte des Beratungstags

Insgesamt ist die Anzahl der protokollierten Gespräche stark zurückgegangen. Es wurden an 13 Standorten, die Beratungsgespräche protokolliert haben, nur insgesamt 94 Gespräche protokolliert (2009: 242, 2008: 153). Dies ist vermutlich auf die Verlegung des Beratungstages von öffentlichen Ständen in die Räumlichkeiten von Seniorentreffs zurückzuführen. Damit fiel in diesem Jahr die „Laufkundschaft“ aus, die in den letzten Jahren den größten Anteil am Kreis der Ratsuchenden darstellten.

Von den insgesamt 94 protokollierten Gesprächen am Beratungstag wurden die meisten am Standort St. Pauli protokolliert (28%). Die anderen Standorte waren wesentlich schwächer vertreten, bis hin zu nur einem Rücklauf von ein bis zwei Fragebögen. Es ist unklar, auf welche Ursachen diese teilweise sehr großen Unterschiede zurückzuführen sind. Es ist jedoch zu vermuten, dass dies auch mit dem allgemeinen Bedarf an Sozialberatung/der allgemeinen Frequentierung der Seniorentreffs vor Ort zusammenhängt und ggf. wie in St. Pauli bereits ein solches Beratungsangebot besteht. Die Standorte Rissen und Bergedorf wurden nicht protokolliert.

Beratungsstandorte / Seniorentreffs



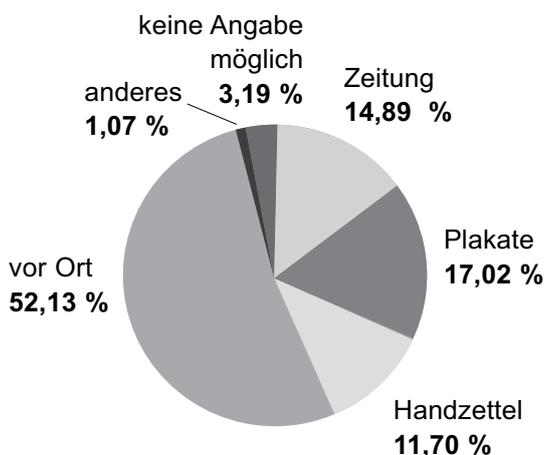
2.1.2 Wie haben die Ratsuchenden von der Kampagne erfahren?

Bei der Frage nach der Informationsquelle über die Kampagne konnten nur 3,2% (2009: 14,5%; 2008: 15%) der Berater/innen zu ihren GesprächspartnerInnen keine Angabe machen. Dies ist ein signifikanter Rückgang zu den Vorjahren und spricht dafür, dass die Beratungssituation in den geschlossenen Räumlichkeiten längeren und intensiveren Kontakt mit den Ratsuchenden erlaubte.

4.0

Erneut wurde von den BeraterInnen mit 52,1% (2009: 76,42%; 2008: 74,5%) als größte Informationsquelle „vor Ort“ angegeben. Andere Quellen waren mit Zeitung/ Radio 14,9% (2009: 5,67%) 17% Plakate (2009: 4,4%) und mit 11,7% (2009: 3,5%) die vorab in die Briefkästen verteilten Handzettel. Es wird deutlich, dass es zu den Vorjahren eine klare Verschiebung vom zufälligen Vorbeikommen vor Ort zugunsten anderer Informationsquellen gab. An der stark zurückgegangenen Anzahl der Gesamtfragebögen zeigt sich jedoch, dass das Fehlen von zufällig Vorbeikommenden, wie an einem Standort auf der Straße gegeben, nicht durch verstärkte Werbung aufgefangen werden konnte.

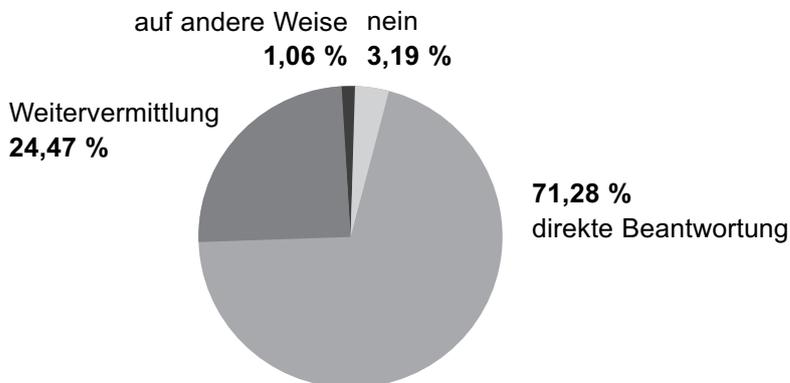
Informationsquelle



2.1.3 Konnte den ratsuchenden Personen geholfen werden?

95,8 % der Beratungsgespräche waren nach Angabe der BeraterInnen als erfolgreich zu werten. Die Erfolgsquote der geführten Beratungsgespräche ist damit noch höher wie in den ebenfalls sehr erfolgreichen Vorjahren.² Dies kann auf die zielgerichtete Ansprache der Zielgruppe in Seniorentreffs zurückgeführt werden.

Beratungserfolg (in %)



² 2009: 85%; 2008: 86 %; 2007: 83 % 2006: 82%; 2005: 87%; 2004: 91% (allgemeine Gespräche wurden hier ausgenommen).

Mit 24,5% (2009: 53,3%; 2008: 50%, 2007: 54%) der Ratsuchenden wurde ein Beratungsgespräch geführt und dann entsprechend an eine spezifische Beratungsstelle der Freien Wohlfahrtspflege weitervermittelt. 71,3% (2009: 31,8%, 2008: 27%, 2007: 33%) der Menschen konnte direkt am Stand weitergeholfen werden.

Diese Zahlen zeigen, dass zwar die Anzahl der Gespräche im Vergleich zurückgegangen ist, die geschlossene Beratungssituation jedoch anscheinend ermöglichte, bei Fragen mehr in die Tiefe zu gehen und deshalb nicht mehr für längere Gespräche an die Beratungsstellen weitervermittelt werden musste.

Die Berater/innen gaben nur bei 3,2% (2009: 9,5%, 2008: 9%) der Gespräche an, dass sie nicht weiterhelfen konnten. Diese Zahl ist wesentlich geringer als in den Vorjahren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die Kampagne in diesem Jahr spezifisch an die Zielgruppe gewandt hat.

2.2. Soziostrukturelle Daten der ratsuchenden Personen

Bei der Kampagne 2010 kam es durch die eingeschränkte Ansprache der Zielgruppe der Senioren zu signifikanten Verschiebungen in der soziostrukturellen Verteilung:

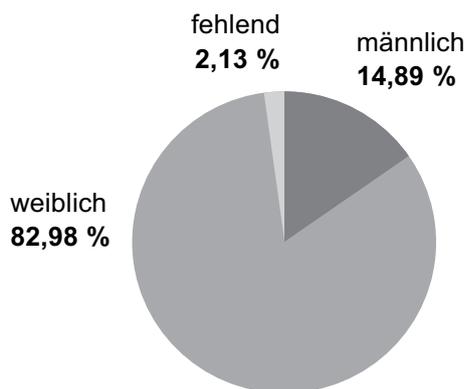
2.2.1 Alter

Aufgrund der gezielten Ansprache direkt in den Seniorentreffs waren 34% der Befragten 50-65 Jahre alt und 66% 65 Jahre und älter.

2.2.2 Geschlecht

Die ratsuchenden Menschen waren zu 83% (2009: 67,8%; 2008:61,4%) weiblich und zu 14,9% (2009: 26%; 2008: 34%) männlich. Diese Verschiebung zugunsten der Frauen lässt sich auf die Altersstruktur und entsprechende Geschlechterverteilung in den Seniorentreffs zurückführen.

Geschlecht



2.2.3 Nationalität

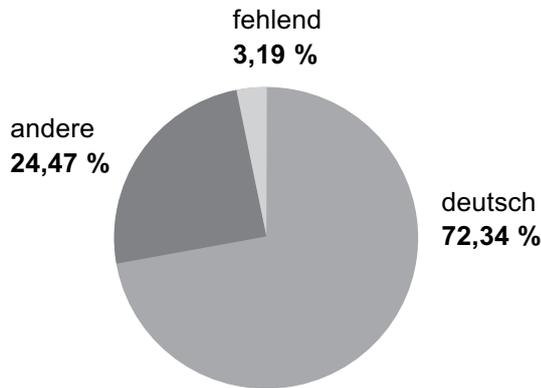
Die Beratung wurde mit 72,3% (2009: 67,8%; 2008: 86,3%) mehr von deutschen Ratsuchenden genutzt. Der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund lag bei 24,5% (2009: 24%; 2008: 12,4%).³ Dabei handelte sich es vor allem um türkische SeniorInnen.

³ 2007: 16 %; 2006: 14%; 2005: 10%; 2004: 31%.

4.0

Seit dem vorletzten Jahr wurde sich das Ziel gesetzt, die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund besser zu erreichen. Auch in diesem Jahr wurde dieses Ziel erreicht. Dies lag vor allem an der Beteiligung von Seniorentreffs, deren BesucherInnen überwiegend einen Migrationshintergrund haben.

Nationalität

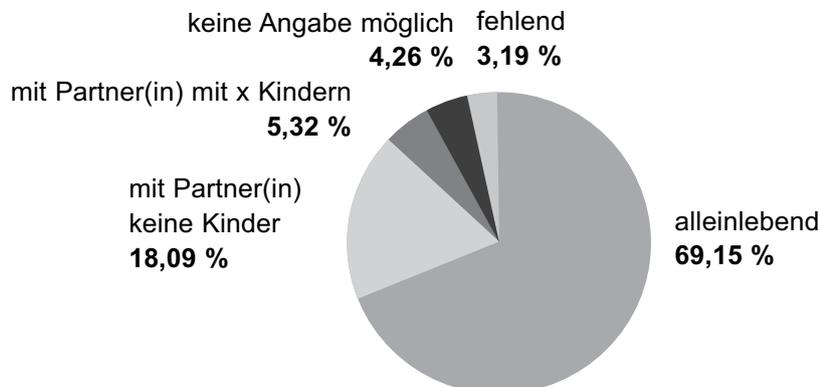


2.2.4 Familiäre Situation

Bei 69,15% (2009: 33,1 %; 2008: 47,1%) wurde von den BeraterInnen angegeben, dass es sich um Menschen handelt, die allein in einem Haushalt leben. 18,1% (2009: 12,8%; 2008: 20,9%,) lebten in einer Partnerschaft ohne Kinder, 5,3% (2009: 17,4%; 2008: 6,9%) lebten in einer Partnerschaft mit Kindern. Auch hier ist eine klare Verschiebung aufgrund des Kampagnenthemas bzw. der Altersstruktur der Zielgruppe zu erkennen.

Bei 7,5% (2009: 20,2%; 2008: 19%) der Gespräche konnte von den Berater/innen keine Angaben gemacht werden oder wurde angekreuzt, dass keine Angabe möglich ist. Es ist davon auszugehen, dass in diesen Fällen die Familien- und Haushaltssituation im Beratungsgespräch nicht thematisiert wurde. Die Zahl ist wesentlich geringer als in den Vorjahren und es fand damit anscheinend auch in diesem Bereich ein intensiverer und umfassenderer Austausch im Gespräch statt.

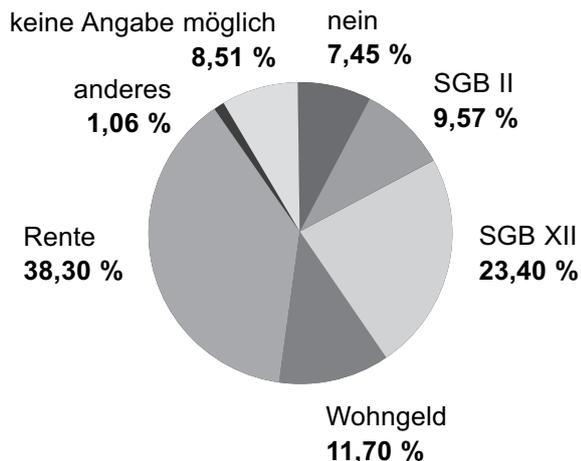
Haushaltssituation



2.2.5 Erwerbsstatus

Ebenfalls ist aufgrund der Altersstruktur in den Seniorentreffs und dem Kampagnenthema eine deutliche Verschiebung beim Erwerbsstatus zu erkennen: 61,7% bezogen Rente (38,3%) bzw. waren im SGB XII Bezug (23,4%). 11,7% bezogen noch Wohngeld um ihre Rente/Einkommen aufzubessern. Nur 9,6% befanden sich im SGB II Bezug.

Sozialleistungsbezug



2.2.6 Problemlagen

Im Protokollbogen konnten die bestehenden Probleme bei der befragten Person durch die Berater/innen eingeschätzt werden. Mehrfachantworten waren möglich, um multiple Problemlagen darstellen zu können.

Die oftmals mit dem Alter, aber auch mit der Armutssituation einhergehende Gesundheitsproblematik bestand in einem signifikanten Teil der Fälle: Bei 18,1% der Menschen lag Pflegebedürftigkeit vor, bei 14,9% eine körperliche Behinderung, bei 10,6% der Menschen somatischen Krankheiten. Bei 17% der Menschen wurden mehr oder weniger starke psychische Probleme gesehen.

Mietschulden, Obdachlosigkeit, Suchtproblematiken, Verschuldung spielten kaum eine Rolle.

Dafür wurden in 14,9% der Fällen „andere Probleme“ gesehen. Dies bezog sich vor allem auf Problemstellungen rund um den so genannten letzten Lebensabschnitt (Patientenverfügung, Betreutes Wohnen, Erbrecht aber auch Einsamkeit/Isolation etc.)

2.3. Informationsstand der Befragten zu Angeboten der Freien Wohlfahrts- pflege und zu den eigenen Ansprüchen an Sozialleistungen

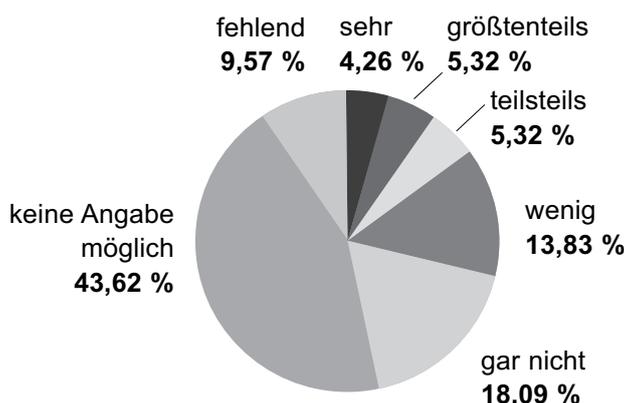
2.3.1 Informationsstand zu Angeboten der Freien Wohlfahrts- pflege

Über die Angebote der Freien Wohlfahrts-
pflege waren mit 31,9% (2009: 42,9%
2008: 57%) die meisten Personen „wenig“ oder „gar nicht“ informiert. 5,3% (2009:
12,9%; 2008: 20%) waren „teils teils“ informiert und nur 9,6% (2009: 7,9%; 2008:
8%) wurden als „sehr“ oder „größtenteils“ informiert eingeschätzt.

Bei 53,2% (2009: 35,83%) der Gespräche war den BeraterInnen keine Angabe zur Frage möglich bzw. fehlte die Angabe. Dies ist im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal angestiegen, war aber auch schon in den Vorjahren relativ hoch. Diese Frage scheint oftmals kein Thema im Beratungsgespräch zu sein, auch wenn, wie in diesem Jahr gegeben, intensivere Gespräche geführt wurden.

4.0

Vorabinformation



2.3.2 Inhalte der Beratungsgespräche

Diese Frage wurde 2008 von einer offenen in eine geschlossene Frage mit der Möglichkeit von Mehrfachantworten umformuliert. Diese Umwandlung führte auch in diesem Jahr dazu, dass die Frage in den meisten Fällen beantwortet wurde. Als offene Frage in den Jahren davor wurde sie dagegen oft nicht beantwortet.

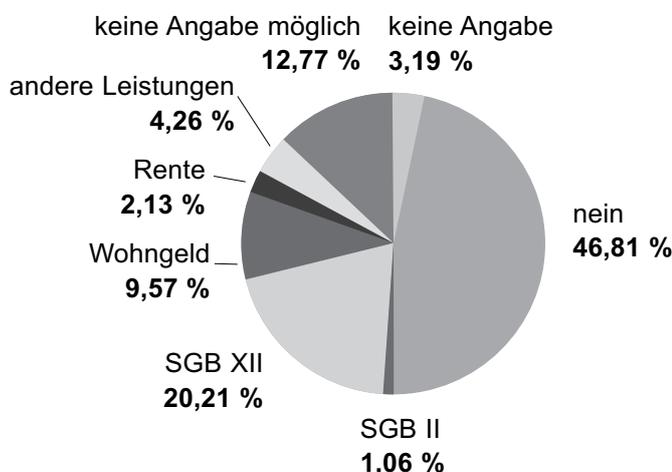
In den Beratungsgesprächen ging es in 60,6% der Fälle um ggf. bestehende Leistungsansprüche und bei 11,7% um den Umgang mit Behörden. Das Ziel der Kampagne, Menschen über ihre Rechte und Sozialansprüche aufzuklären, wurde also wie in den Vorjahren erreicht. In 12,8% wurde die Angebote der Freien Wohlfahrtspflege thematisiert. Die Kampagne selbst war nur in 7,8% Fällen Thema der Gespräche, allgemeine politische Themen in 4,3% der Gespräche. Meist ging es also um konkrete Anliegen der Menschen vor Ort. Andere Themen wurde mit 33% relativ oft angegeben. Auch hier ging es in den meisten Fällen um spezifische Problematiken im Seniorenalter wie Patientenverfügung, Betreutes Wohnen, Pflege etc. (siehe auch Problemlagen). Der Mix im Beratungsteam mit den Kooperationspartnern aus dem Bereich Wohnen (Mieter helfen Mietern) und dem Pflegebereich hat sich also auch dieses Jahr als sinnvoll herausgestellt.

2.3.3 Verdeckte Armut

Die Berater/innen wurden in den Protokollbögen zu einer Einschätzung aufgefordert, ob für die ratsuchenden Personen Ansprüche auf Sozialleistungen bestehen, die noch nicht ausgeschöpft werden. Nach der Datenlage machten 37,3% (2009: 32,5%, 2008: 33,9%) der Personen ihre rechtlichen Ansprüche nicht oder nicht vollständig geltend.⁴

⁴ Unvollständige Ausschöpfung; 2007: 35% 2006: 27%; 2005: 31%; 2004: 27%.

Leistungsansprüche



Bei 20,2% der protokollierten Gespräche wurden unausgeschöpfte Ansprüche auf SGB XII-Leistungen vermutet. Dies entspricht in etwa bzw. übertrifft leicht die Zahlen der Vorjahre zu unausgeschöpften Ansprüchen an SGB II-Leistungen (2009: 15%, 2008: 12,4 %). Bei 9,6 % (2009: 5,42%; 2008: 6,5%) wurden Wohngeldansprüche vermutet. Bei 4,3% (2009: 3,3%; 2008: 3,9%) wurde der Anspruch auf andere Leistungen vermutet. Bei 46,8% (2009: 35,4%; 2008: 45,1%) der Fälle schätzten die BeraterInnen, dass keine (weiteren) Ansprüche bestehen. Bei 12,8% (2009: 32,1 %; 2008: 20,9%) der Fälle konnten die BeraterInnen keine Angaben zu möglichen Ansprüchen machen. Diese Zahl ist stark gesunken, was wieder für die intensiveren Beratungsgespräche in den Seniorentreffs spricht.

2.4. Kampagnenschwerpunkt 2010 „Armut im Alter“

Aufgrund des Kampagnenthemas konnte eine deutliche Verschiebung bei den soziostrukturellen Daten und den damit einhergehenden Problemen/Fragestellungen festgestellt werden. Es wurde deutlich, dass sich der Beratungsbedarf älterer Menschen stark im Schnittbereich unterschiedlicher Beratungsfelder befindet (Pflegetagen, SGB XII statt SGB II Beratung, Betreutes Wohnen, rechtliche Fragen wie Erbrecht, Patientenverfügungen etc.).

3 | Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Abschließend sollen die Ergebnisse der Evaluation noch einmal in kurzer Form zusammengefasst und bewertet werden.

1. Protokollierung der Fragebögen sehr uneinheitlich, gesamt nur 94 (2009: 242; 2008: 153)

Durch die Verlegung von der Straße in geschlossene Räume ist die Anzahl der Protokollbögen stark zurückgegangen.

2. Informationen über Beratungstag

- Auf den Beratungstag wurden die Menschen in 52,1% (2009: 72,3%) der Fälle erst „vor Ort“ aufmerksam. Werbung spielte in diesem Jahr eine wesentlich größere Rolle als in den Vorjahren: Zeitung/Radio 14,9% (2009: 5,67%) 17%

Plakate (2009: 4,4%) und mit 11,7% (2009: 3,5%) die vorab in die Briefkästen verteilten Handzettel.

4.0

3. Soziostrukturelle Ergebnisse

Verschiebungen aufgrund des Kampagnenthemas und der soziostrukturellen Gegebenheiten bei den Seniorentreffs:

- Geschlechtsstruktur: mehr weibliche Ratsuchende als in den Vorjahren mit 83% (2009: 67,8%; 2008: 61,4%).
- Starke Verschiebung der Altersstruktur durch die spezifische Ansprache von älteren Menschen in den Seniorentreffs : 33% 50-65 Jahre und 66% 65 Jahre und älter.
- Verschiebung bei Familien und Haushaltssituation: 69,15 % der Befragten waren alleinstehend (2009: 33,1%, 2008: 47,1%).
- Befragte mit Migrationshintergrund: Menschen mit Migrationshintergrund wurden auch dieses Jahr mit 24,5% relativ gut durch das Kampagnenthema angesprochen bzw. trug dazu auch die Standortwahl bei (2009: 24%; 2008: 12,4%).

4. Verdeckte Armut

- 23,4,% der Befragten im SGB XII-, 9,6 % im SGB II-Bezug
- 61,7 % bezogen Rente
- 9,6% bezogen Wohngeld zusätzlich zu Rente/Einkommen

Auch in diesem Jahr kann damit das Ziel der Kampagne der Aufklärung der Menschen über ihr Recht auf Sozialleistungen als erreicht betrachtet werden.

5. Problemlagen

- Es dominierten, neben den in jedem Jahr vorherrschenden Fragen zu Leistungsansprüchen/ Umgang mit Behörden, Themen des Alters wie Altersvorsorge, Wohnfragen im speziellen Betreutes Wohnen und Finanzierung von Pflege.

6. Kampagnenthema „Armut im Alter“

- Aufgrund des Themas und Beratung in den Seniorentreffs ist eine deutliche Verschiebung bei den soziostrukturellen Daten zu verzeichnen.
- Auch bei den Fragestellungen der Ratsuchenden ging es in vielen Fällen um die spezifischen Dimensionen von Altersarmut (SGB XII-Bezug, Pflegefinanzierung, Gesundheitsprobleme, Betreutes Wohnen etc.).

Die Zielgruppe konnte vor Ort gut erreicht werden, wenn auch wesentlich weniger Menschen beraten wurden.

7. Erfolg der Beratung

- 95,8 % (2009: 85,2 %) der Beratungsgespräche wurden als erfolgreich bewertet.
- Die Beratung konnte durch die geschlossenen Räume in den Seniorentreffs stärker in die Tiefe gehen, Folgegespräche waren weniger oft notwendig: 71,3% (2009: 31,8%) Direkthilfe vor Ort, 24,5% (2009: 53,3%) Weitervermittlung an Beratungsstelle.
- 31,9% (2009: 42,9%) der Menschen waren „gar nicht“ und „wenig“ über Angebote der Freien Wohlfahrtspflege informiert.

Forderungen zur Kampagne 2010

Fehlt Ihnen etwas? Beratung kann helfen!

Schwerpunktthema: Armut im Alter

Seit 2004 veranstalten die Wohlfahrtsverbände die Kampagne „Fehlt Ihnen Etwas? Beratung kann helfen“ zum Thema verdeckte Armut mit unterschiedlichen Schwerpunkten. In diesem Jahr geht es um das Thema „Armut im Alter“. Als Kooperationspartner sind Mieter helfen Mietern, der Sozialverband Deutschland und der Landes-seniorenbeirat dabei.

Von „verdeckter Armut“ wird gesprochen, wenn Menschen einen Anspruch auf Sozialleistungen hätten, diesen jedoch aus Unkenntnis oder Scham nicht geltend machen. Das Ziel der Kampagne ist es, ältere und alte Menschen darüber zu informieren, wo sie in sozialen Notlagen konkrete Unterstützung im Bereich Grundsicherung, Wohnen und Pflege bekommen, was ihre Rechte sind und wo bzw. in welcher Form sie Hilfe beantragen können.

Es gibt nach wie vor zu viele Menschen, die nicht umfassend über ihre Sozialleistungsansprüche informiert sind! Diese Erfahrung machen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen ihrer Beratungsarbeit immer wieder.

Sozialleistungen sind jedoch keine Almosen, sondern rechtlich überprüfbare Ansprüche. Die Sozialleistungsträger haben gesetzlich eine Beratungs- und Informationspflicht. Ihren gesetzlichen Pflichten sollten die Behörden im Sinne einer umfassenden Aufklärung über Rechte und Pflichten nachkommen.

Mit der Kampagne "Fehlt Ihnen Etwas? Beratung kann helfen!" soll über diese Rechte aufgeklärt und auf bestehende Missstände hingewiesen werden.

Altersarmut

Lebenslage Altersarmut

Armut entfaltet ihre einengenden, bedrückenden und ausgrenzenden Wirkungen in besonderem Maße dann, wenn sie über einen langen Zeitraum andauert. Weil ja Erwerbsarbeit nicht mehr aufgenommen werden kann, ist Armut von Seniorinnen und Senioren meist über viele Jahre andauernde Armut, ja "lebenslange Armut", da sie bis zum Tode andauern wird.

Das Maß an sozialer Teilhabe und Wohlbefinden sinkt im Alter. Diese Lebenserfahrung ist durch Daten des Wohlfahrtssurvey objektiviert: Menschen ab 65 leiden häufiger unter dem Mangel an Freunden außerhalb der Familie, an fehlenden Kontaktmöglichkeiten, um Freunde zu finden. Sie sind durch Krankheit zur Umstellung ihrer Lebensgewohnheiten gezwungen, fühlen sich häufiger unglücklich, niederge-

5.0

schlagen, haben Ängste und Sorgen.¹ „Wer im Alter arm ist oder sich in einer prekären Versorgungssituation befindet, ist vergleichsweise häufig in seinen Möglichkeiten eingeschränkt, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Etwa jede fünfte einkommensarme Person über 65 Jahren ist äußerst unzufrieden mit ihren Teilhabechancen; je höher das Einkommen, desto besser sind die Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren. Für gesundheitliche Einschränkungen trifft das nur bedingt zu, die entsprechenden Prozentwerte sind nicht so eindeutig an die Einkommenshöhe gebunden und im statistischen Sinne nicht signifikant. Beim subjektiven Wohlbefinden und den sozialen Beziehungen hingegen sehen wir einen relativ deutlichen Zusammenhang: je niedriger das Einkommen, desto schlechter die Kontaktmöglichkeiten.“²

Wenn auf Grund des Wegzugs der Kinder, des Renteneintritts oder der Mietentwicklung die Wohnung zu teuer wird und eine kleinere bzw. günstigere Wohnung benötigt wird, ist in Hamburg wegen des angespannten Wohnungsmarktes und der Mietentwicklung häufig eine entsprechende Wohnung nicht in den vertrauten Vierteln zu erhalten. Auf Grund hierdurch erzwungener Wegzüge verarmen oft die sozialen Bezüge, die stabilisierenden sozialen Netzwerke und die in vielen Jahren aufgebauten solidarischen Hilfebeziehungen zerreißen.

Häufigkeit der Altersarmut

Bundesweit gelten nach EU-Kriterien³ 14,4% der gesamten Bevölkerung als arm.⁴ Dabei sind ältere Menschen seltener von Armut betroffen als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Personen ab 65 Jahre, die unter der Armutsgrenze leben, beträgt bundesweit 12% (2008).

In Hamburg sind – legt man den Durchschnitt der Hamburger Einkommen zugrunde (Landesmedian) – 16,1% der Bevölkerung arm. Bundesweit gelten nach dieser Definition 14,4% der Menschen als arm⁵.

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) sind in Hamburg mit 9,6% (Landesmedian) erheblich seltener von Armut betroffen als die Gesamtbevölkerung⁶. Im Widerspruch zu diesem statistischen Bild aus den Daten des Mikrozensus steht jedoch, dass Hamburg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine annähernd doppelt so hohe Quote an EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter (ab 65 Jahre) hat, nämlich 5,2% (Bundesdurchschnitt 2,5%). Das sind 17.763 Menschen in Hamburg (Stand: 2009) und damit seit 2004 eine Steigerung um 42 %.

Nur wenige arme Seniorinnen und Senioren können ihre Einkommensarmut durch Vermögensreichtum kompensieren. Eine Analyse der SOEP Daten aus 2007 ergab, dass nur 1,4% der Menschen ab 65 Jahren unter der Einkommens-Armutsgrenze ein Vermögen über 50.000 Euro und nur 7,6% ein Vermögen über 10.000 Euro besaßen (Kumpmann 2010: 11).

¹ Böhnke, 2004.

² Böhnke, 2004.

³ Die Armutgefährdungsschwelle wird bei 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) festgelegt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird.

⁴ www.amtliche-sozialberichterstattung.de Werte für 2008.

⁵ In der Großen Anfrage Drs. der Hamburger Bürgerschaft 19/5838 werden die geringeren Werte des Bundesmedian zu Grunde gelegt: Hamburg 13,1% Bund 14,4%.

⁶ Gemessen am Bundesmedian beträgt dieser Wert in Hamburg: 7,2% .

www.amtliche-sozialberichterstattung.de und Drs. der Hamburger Bürgerschaft 19/5838.

Weil durchschnittlich weniger ältere Menschen als die Gesamtbevölkerung von Armut betroffen sind, wird häufig gesagt, aktuell sei Altersarmut kein Problem. Die Feststellung, dass Armut von Seniorinnen und Senioren weniger häufig auftritt als bei anderen Personengruppen, bedeutet jedoch nicht, dass für die von Altersarmut Betroffenen selbst ihre Armut ein geringeres Problem sei.

Im Gegenteil: Mit dem Alter gehen zunehmende körperliche und gesundheitliche Einschränkungen einher, deren Auswirkungen teilweise mit Geld zu mildern sind. So braucht, wer schlecht zu Fuß ist oder nicht mehr Fahrrad fahren kann, mehr Geld für seine Mobilität. Weiterhin schmälern Ausgaben für nicht verschreibungspflichtige Medikamente oder Pflegemittel das verfügbare Einkommen von älteren Menschen erheblich. Ein dritter Aspekt bezieht sich auf die Dauer der Armut: Menschen ab 65 Jahre können in aller Regel nicht mehr darauf hoffen, dass sich ihre Einkommenssituation verbessert. **Armut im Alter heißt meistens: Armut bis ans Lebensende.**

Ursachen der Altersarmut

Hauptursache für Altersarmut sind niedrige Einkommen und Phasen der Arbeitslosigkeit während der Erwerbsphase.

Risikogruppen für Altersarmut

- **chronisch kranke Menschen**
- **Menschen mit Behinderungen**
- **psychisch kranke Menschen**
- **pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren:** Im Pflegefall reichen die Bezüge der Pflegeversicherung oft nicht aus, die Kosten zu decken. In der Folge entsteht dann häufig Altersarmut.
- **demenzerkrankte Menschen**
- **ältere MigrantInnen** sind besonders häufig von Armut betroffen, weil sie während ihrer Erwerbszeit durchschnittlich deutlich weniger Einkommen als Nichtmigranten erzielten und häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen waren.
- **Einpersonenhaushalte** von alten Menschen (65 Jahre und älter) sind mehr als doppelt so häufig von Armut betroffen als Zweipersonenhaushalte alter Menschen.⁷

Tabelle 15: Gruppenspezifische Armutsrisikoquoten 1) von „Altenhaushalten“ 2003 nach Haushaltstyp (in Prozent)

	EVS	SOEP
Einpersonenhaushalte 65 u. älter	18,2	21,5
Zweipersonenhaushalte	7,7	7,0
Bezugsperson 65 u. älter		
Alle Haushalte	13,5	15,4

- alleinstehende ältere Frauen sind dabei in besonderem Maße von Altersarmut betroffen (Hamburg 2009: 59% der GrundsicherungsempfängerInnen sind Frauen)

Starke Zunahme der Altersarmut in den nächsten Jahrzehnten

Die Altersarmut wird zukünftig deutlich zunehmen, hiervon sind in besonderem Maße die neuen Bundesländer betroffen (Kumpmann, 2010).

⁷ Fünfter Altenbericht (2005): S. 201 mit Nachweis der Daten gem. EVS und SOEP.

5.0

Ursachen der künftigen Entwicklung der Altersarmut

- Wandel der Erwerbsbiographien (Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung)
- schwache Lohnentwicklung und der Rückgang der Lohnquote
- Veränderung der Rentenformel
- teilweise Umstellung der Alterssicherung auf Kapitaldeckung: von Alterseinkünften ohne zusätzliche Kapitaleinkünfte sind vor allem Geringverdiener betroffen.
- demographischer Wandel, sofern er zu Beitragserhöhungen führt, die sich dann durch die Rentenanpassungsformel dämpfend auf die Rentenhöhe auswirken.

Kumpmann u.a. (2010: 21) prognostizieren auf der Grundlage einer Berechnung mit Daten aus dem SOEP für das Jahr 2023 einen Anteil von 16,3% der Personen zwischen 65 und 70 Jahren, die arm sind. Im Jahr 2007 lag der entsprechende Wert bei 13,4% (Für Westdeutschland liegen demnach die entsprechenden Werte 2023 bei 16,1% und 2007 bei 13,6%). Besonders stark werden ostdeutsche Männer von der Zunahme der Altersarmut betroffen sein.

Entwicklung der verdeckten Altersarmut

„Die seit 2003 geltende Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hat vermutlich zu einer rückläufigen ‚verschämten‘ Altersarmut geführt. Denn zum einen dürfte die neuerdings vorgesehene Einbeziehung des vorrangigen Leistungsträgers im Alter – der gesetzlichen Rentenversicherung – in das Verfahren zur Anspruchsprüfung zu einer verbesserten Information der Betroffenen und erleichterten Kontaktaufnahme zum Hilfetragere geführt haben (Becker/Hauser 2005, S. 226 f.). Zum anderen ist davon auszugehen, dass der nunmehr weitgehende Verzicht auf die Heranziehung von Kindern und Eltern zur Unterhaltssicherung der Bedürftigen (§43 Abs. 2 SGB XII) die Inanspruchnahme der Grundsicherung erhöht hat.“ (Becker 2007: 15)

Wir wissen nicht, wie viele Menschen ab 65 Jahren trotz der Hinweise auf die Grundsicherungsleistungen ihnen zustehende Leistungen der Grundsicherung im Alter nicht realisieren. Die Erfahrungen aus den Beratungsstellen und Pflegediensten sprechen jedoch für eine gewisse Dunkelziffer, der nur durch verstärkte Aufklärung entgegen zu wirken ist.

Pflegebedürftigkeit und Armut

Viele ältere Menschen sind nicht ausreichend über ihre Rechte aufgeklärt oder verfügen nicht über ausreichende Informationen, um bestehende Hilfemöglichkeiten zu nutzen. „Daher werden Unterstützungsleistungen zum Teil gar nicht oder erst spät in Anspruch genommen. Dies betrifft neben der allgemeinen Beantragung von Pflegegeld im Bereich der häuslichen Pflege auch zusätzliche Sachleistungen, z.B. im Bereich der Wohnraumanpassung, die zu einer Verbesserung der Lebensqualität und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erheblich beitragen können.“ (Richter-Kornweitz, 2009: 14)

Gesundheit und Armut

Menschen in Armutssituationen sind sehr viel stärker von gesundheitlichen Problemen betroffen (AGFW Dokumentation 2006: S.22ff). Dieser nachgewiesene Zusammenhang von Armut und Gesundheit wirkt sich vor allem auch auf ältere Menschen aus. Hinzu kommt, dass sie sich die zusätzlichen Aufwendungen im Gesundheitsbereich wie Praxisgebühr, Zuzahlungen zu Medikamenten, Hilfsmitteln

wie Brillen etc. oftmals nicht leisten können. Diese Mehrbedarfe von älteren Menschen im Gesundheitsbereich werden in der Berechnung der Grundsicherungsleistung nur unzureichend berücksichtigt.

Die Hamburger Wohlfahrtsverbände fordern:

Forderungen zum Thema Altersarmut:

1. Zukünftige und aktuelle Altersarmut konsequent bekämpfen durch:

- Erhöhung der Regelsätze (denn 5 Euro reichen nicht aus!) und ausreichende Berücksichtigung von Mehrbedarfen älterer Menschen z.B. bei Ernährung, Gesundheit, Wohnraum
- Einführung eines Rentenfreibetrages bei der Anrechnung auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Sicherung eines dauerhaften und verlässlichen Rentenniveaus
- Rentenrechtliche Ausgleichsleistungen für Zeiten der Kindererziehung und Pflege
- Keine Abschaffung der Rentenversicherungsbeiträge bei Arbeitslosengeld II – der Rentenzuschuss trägt zur Vermeidung von Altersarmut bei und ist zu erhalten!
- Vollständige Kostenübernahme für Zahnersatz, Brillengläser, Hörgeräte etc.
- Bessere Ausstattung der Pflegeversicherung
- Erhalt und Ausbau von flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlöhnen
- Angemessene Berücksichtigung älterer ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt

2. Soziale Teilhabe von älteren Menschen in Armut ermöglichen durch:

- Ausbau der Beratungsangebote und der aufsuchenden sozialen Arbeit dies gilt insbesondere für die Gruppen, die besonderes von Altersarmut betroffen sind: Frauen, alleinstehende Menschen, MigrantInnen etc.
- Erhalt der bezirklichen Seniorenberatung
- verstärkte Information der Senioren zum freiwilligen Engagement durch verbesserte Rahmenbedingungen, denn ehrenamtliche Arbeit kann wesentlich dazu beitragen, fit und mobil zu bleiben, neuen Lebenssinn zu erhalten, Erfahrungen einzubringen, Anerkennung zu bekommen, neue Freunde zu finden und damit Vereinsamung zu verhindern!
- verbesserte Bedingungen für die Seniorentreffs und verstärkte Information über das Angebot
 - personelle Unterstützung zum Gewinnen von jüngeren SeniorInnen und die Entwicklung von entsprechenden Angeboten
 - personelle und ggf. räumliche Voraussetzungen schaffen, damit aus Seniorentreffs kleine Nachbarschafts-Treffpunkte werden können bzw. deren jetziger Status erhalten bleiben kann
 - Unterstützung von Seniorentreffs bei der Gewinnung von MigrantInnen
 - mehr Öffentlichkeitsarbeit, damit die Treffpunkte als Angebot der Stadt Hamburg bekannter werden
- Erhöhung des Barbetrages von pflegebedürftigen Personen in stationären Einrichtungen, denn das bisherige "Taschengeld" wird den Prinzipien sozialer Teilhabe und eines selbstbestimmten Lebens nicht gerecht.
- mehr Mobilität durch behindertengerechten Ausbau weiterer S- und U- Bahnstationen
- verstärkte Aufklärung und Ausbau der bestehenden Sozialrabatte/ Vergünstigungen für arme Menschen bzw. RentnerInnen in Hamburg

Allgemeine Forderungen zur Bekämpfung von Armut:

5.0

1. Verbesserung des Zugangs zu den Sozialleistungen

Aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege ist eine offensive Aufklärung von BürgerInnen über ihre Sozialleistungsansprüche notwendig – anstelle der unangemessenen Betonung der Themen „Sozialleistungsmissbrauch“ oder „Kostenexplosion“ in der Öffentlichkeit.

Prinzipiell wäre es wünschenswert, die gesetzlichen Grundlagen so zu ändern, dass nicht wie bisher auf Antrag (§ 37 SGB II), sondern wie bei den Leistungen der Sozialhilfe eine Leistung erbracht werden muss, sobald einem Träger der Sozialhilfe bekannt wird, dass die Voraussetzungen für eine Leistung bei Bürgerinnen und Bürgern vorliegen.

Zu den Pflichten der Sozialleistungsträger gehört es unter anderem, dass

- die Berechtigten die zustehenden Sozialleistungen in zeitgemäßer Weise, umfassend und schnell erhalten,
- die erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen,
- der Zugang zu den Sozialleistungen **einfacher, transparenter und verständlicher gestaltet** werden soll, insbesondere durch Verwendung allgemeinverständlicher Antragsvordrucke.

2. Erhöhung der Regelsätze in SGB II und SGB XII

Zahlreiche Studien, Erfahrungen im Rahmen der Kampagne sowie in der alltäglichen sozialen Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege zeigen deutlich, dass das finanzielle Niveau der gesetzlich gewährten Leistungen zur Lebenserhaltung weiterhin – trotz der minimalen Erhöhungen – nicht bedarfsdeckend gestaltet ist.

Die Bemessungsgrundlage der Regelsätze führt systematisch zu Fehlschätzungen. Zum Beispiel werden Sonderbedarfe von älteren Menschen systematisch vernachlässigt. Die Berechnung der Regelsätze genügen laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (1 BvL 1/09; 1 BvL 3/09; 1 BvL 4/09) nicht dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nach Artikel 1 des Grundgesetzes und setzt als Frist für eine grundsätzlichen Reform Ende 2010. Die Freie Wohlfahrtspflege fordert weiterhin eine **deutliche Anhebung des Regelsatzes**, um bestehende Defizite zu decken und spezifische Mehrbedarfe in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Pflege, Wohnen etc. von älteren Menschen zu berücksichtigen. Eine Kürzung oder Abschaffung des Rentenzuschusses im SGB II wird abgelehnt, da dieser einen Beitrag zur Vermeidung zukünftiger Altersarmut darstellt.

3. Von Vollzeitarbeit muss man ohne ALG II leben können!

Immer mehr Menschen erhalten trotz ihrer Erwerbstätigkeit ergänzende Leistungen zur Sicherstellung des Existenzminimums. In Hamburg sind 30.010 Menschen (Stand: Okt 09) auf die so genannten aufstockenden Leistungen angewiesen. Diese Tätigkeiten erhöhen das Risiko der Altersarmut, weil sie, da nicht in die Rentenversicherung eingezahlt wird, langfristig keine existenzsichernden Perspektiven bieten. Gleiches gilt für Formen nicht oder gering sozialversicherungspflichtiger Arbeit wie Mini-Jobs, Midi-Jobs oder Ein-Euro-Jobs. Hier müssen alternative Modelle mit Zukunftsperspektive gefunden werden. Tarifparteien und politische Entscheidungsträger sind zudem aufgefordert, für die Einhaltung und Ausweitung von sozialen Mindeststandards und -löhne zu sorgen. Solche **Mindeststandards für Arbeits-**

verhältnisse müssen selbstverständlich auch im Sozialbereich und bei Maßnahmen öffentlich geförderter Arbeit gelten. Die Kostenträger (Kommunen, Sozialversicherungsträger) müssen diese Mindeststandards in ihrer Finanzierung berücksichtigen.

4. Unabhängige Beratung sicherstellen

Wie jeder Bürger und jede Bürgerin die Möglichkeit hat, sich in steuerlichen Fragen von unabhängiger Seite fachkundig beraten zu lassen, brauchen Menschen, die sich aufgrund von Erwerbslosigkeit oder anderen sozialen Problemen in Notlagen befinden, **fachkundige und niedrigschwellige** Beratung über ihre sozialrechtlichen Ansprüche.

Die große Nachfrage nach den Beratungsangeboten der Freien Wohlfahrtspflege zeigt, dass es einen vielfältigen Bedarf nach **unabhängiger Beratung** gibt. Das Spektrum der von den Ratsuchenden gestellten Fragen reicht von finanziellen Nöten über Fragen zu speziellen Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter, Wohngeld oder Sozialhilfe. **Die Beratungsangebote der Freien Wohlfahrtspflege dürfen daher nicht von der Kürzung staatlicher Mittel getroffen werden.**

5. Regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Hamburg braucht eine Bestandsaufnahme über die Dimensionen der Armut in der Stadt. Zu dieser Bestandsaufnahme müssen auch die Darstellung der sozialpolitischen Maßnahmen der Armutsbekämpfung und ihrer Wirkungen zählen. **Systematische Untersuchungen zur Armutsentwicklung** in Hamburg, die die Lebenslage Armut beleuchten, liegen lange zurück. Die bisherigen Berichte sind völlig unzureichend und genügen den sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Standards der Armuts- und Reichtumsberichterstattung nicht.

Wir begrüßen es daher sehr, dass das Vorhaben der Weiterentwicklung einer Armuts- und Reichtumsberichterstattung als Ziel in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde und die Gespräche zur Gestaltung eines solchen Berichtes zwischen der Sozialbehörde und der AGFW begonnen haben. Es besteht Hoffnung, dass auch in Hamburg endlich eine fundierte, regelmäßige und systematische Evaluation der Situation von armen Menschen in der Stadt auf den Weg gebracht wird.

5.0

Literatur:

Becker, Irene: 2007: Verdeckte Armut in Deutschland Ausmaß und Ursachen, FES Fachforum Nr. 2 / 2007, <http://library.fes.de/pdf-files/do/04656.pdf>

Bode, Ingo, 2005: Alter(n) auf dem Markt der Möglichkeiten. Die Disorganisierung der Seniorenversorgung und ihre Folgen für die Strukturen sozialer Ungleichheiten, http://www.dza.de/SharedDocs/Publikationen/Diskussionspapiere/Diskussionspapier__Nr__44,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Diskussionspapier_Nr_44.pdf

Böhnke, Petra, 2004: Armut und soziale Ausgrenzung im Alter, <http://www.gesundheitberlin.de/index.php4?request=search&topic=1082&type=info text&display=2>

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs 19/5838, 2010: Große Anfrage: Hamburg im „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“

Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission 2005, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/fuenfter-altenbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Geyer, Johannes / Steiner, Viktor 2010: Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten, Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 11/2010, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.353479.de/10-11-1.pdf

Kumpmann, Ingmar u.a. (2010): Armut im Alter – Ursachenanalyse und eine Projektion für das Jahr 2023, IWH-Diskussionspapiere (Institut für Wirtschaftsforschung Halle), Nr. 8 April 2010, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/8-10.pdf>

Richter-Kornweitz, Antje 2009: Armut, Alter und Gesundheit heute, in: Pro Alter Nr. 4 / 2009: 7 ff, http://projekte.bagso.de/fileadmin/user_upload/redaktion/Bilder/inclusage/Titelthema_Armut_ProAlter_4_09.pdf

Schönig, Werner / Wasmuth, Dieter 2009: Altersarmut als kommunales Handlungsfeld. Lebenslagen und Fallstruktur eines zunehmenden sozialpolitischen Problems, in: neue praxis 2/2009: 145-163, <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf-rat-gremien/ausschuesse/soz-sen/2008/10-23-nds-anlage2.pdf>

Statistische Ämter des Bundes und der Länder
<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de>

Fehlt Ihnen Etwas?
Beratung kann helfen!



**Arbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V.**
Burchardstraße 19 · 20095 Hamburg
T 040 - 23 15 86 · F 040 - 23 09 30
info@agfw-hamburg.de · www.agfw-hamburg.de

